
BACHELORARBEIT

Herr
Andreas Türpe

**Die Verwandtenaffäre – Ein poli-
tischer Skandal und seine Aus-
wirkungen**

2014

BACHELORARBEIT

Die Verwandtenaffäre – Ein politischer Skandal und seine Auswirkungen

Autor:
Herr Andreas Türpe

Studiengang:
Film und Fernsehen

Seminargruppe:
FF10w1-B

Erstprüfer:
Prof. Dr. phil. Andreas Wrobel-Leipold

Zweitprüfer:
Sandy Hecker

Einreichung:
Mittweida, 22.01.2014

BACHELOR THESIS

The Bavarian „Verwandtenaffäre“ - A political scandal and its consequences

author:

Mr. Andreas Türpe

course of studies:

Film und Fernsehen

seminar group:

FF10w1-B

first examiner:

Prof. Dr. phil. Andreas Wrobel-Leipold

second examiner:

Sandy Hecker

submission:

Mittweida, 22.01.2014

Bibliografische Angaben:

Nachname, Vorname:

Die Verwandtenaffäre – Ein politischer Skandal und seine Auswirkungen

The Bavarian „Verwandtenaffäre“ - A political scandal and its consequences

2014 - 61 Seiten

Mittweida, Hochschule Mittweida (FH), University of Applied Sciences,
Fakultät Medien, Bachelorarbeit, 2014

Abstract

In this thesis I will analyse media effects, like agenda-setting, agenda-cutting, framing and priming on the basis of a case, where Bavarian members of parliament employed their family members to work for them on the costs of the taxpayers. Overall I want to examine, if these media effects can be proved in this case. Therefore I want to analyse the behaviour of the media, of the different parties and of single politicians concerning this affair. I also want to define the term „political scandal“ and find out out, if it can be applied to the „Verwandtenaffäre“.

Inhaltsverzeichnis

Abstract.....	IV
Abkürzungsverzeichnis.....	VI
1 Einleitung.....	1
2 Ein potentieller Skandal	3
2.1 Chronologie der Verwandtenaffäre.....	3
2.2 Sind die Vorkommnisse skandalös?.....	6
2.3 Wer ist von den Vorwürfen betroffen.....	12
2.4 Zwischenfazit.....	14
3 Der Skandal wird entfacht.....	15
3.1 Die Öffentlichkeit und die Verwandtenaffäre.....	15
3.2 Umgang mit der Veröffentlichung durch betroffene Politiker.....	20
3.2.1 Barbara Stamm.....	21
3.2.2 Horst Seehofer	24
3.2.3 Direkt betroffene Abgeordnete	27
3.3 Die Profiteure des Skandals.....	29
3.3.1 SPD.....	29
3.3.2 Bündnis 90/Die Grünen.....	31
3.3.3 Freie Wähler.....	32
3.3.4 FDP.....	33
3.4 Zwischenfazit.....	35
4 Die Konsequenzen.....	38
4.1 Bayerische Landtagswahl 2013	39
4.2 Zwischenfazit.....	42
5 Fazit.....	43
Literaturverzeichnis.....	VII
Eigenständigkeitserklärung.....	XV

Abkürzungsverzeichnis

CSU

...Christlich Soziale Union

FDP

...Freie Demokratische Partei

ORH

...Oberster Rechnungshof

SPD

...Sozialdemokratische Partei Deutschlands

1 Einleitung

Die bayerische Landtagswahl 2013 rückte die politischen Verhältnisse in Bayern wieder in das gewohnte Bild. Nachdem die CSU vier Jahre gemeinsam mit der FDP regieren musste, konnte sie sich nun erneut die absolute Mehrheit sichern.¹ Ungeachtet dieses scheinbar ungefährdeten Triumphes, kam es im Vorfeld der Landtagswahlen 2013 zu einem politischen Skandal, in dem besonders Abgeordnete der CSU und einige ihrer Minister eine Schlüsselrolle einnahmen. Der sogenannte Verwandtenskanal wurde durch die Buchveröffentlichung „Die Selbstbediener – Wie bayerische Politiker sich den Staat zur Beute machen“ des deutschen Verfassungsrechtlers und Parteienkritikers Hans Herbert von Arnim angedeutet und daraufhin durch die Medien ins Rollen gebracht. Er hat über einen langen Zeitraum eine große mediale Relevanz erreicht und ist prädestiniert dafür, ihn auf seine Auswirkung bis zur Landtagswahl 2013 zu analysieren.

In seinem Buch weist Hans Herbert von Arnim auf die Missstände der Parteienfinanzierung in Bayern und die Praktiken, mit Hilfe derer sich bayerische Landtagsabgeordnete aller Parteien an staatlichen Mitteln bereichern, hin. Diese Affäre beinhaltet damit eine besondere Brisanz. Während in den meisten politischen Skandalen die Skandalisierung von fragwürdigen Vorkommnissen und Entwicklungen durch den politischen Gegner – in den meisten Fällen die Opposition – vorangetrieben wird, um eine negative Beeinflussung der öffentlichen Meinung gegenüber der in die Affäre verwickelten Personen und/oder Institutionen zu erreichen², liegt der Verdacht in der Verwandtenaffäre nahe, dass die bayerischen Landtagsabgeordneten fraktionsübergreifend gemeinsame Sache gemacht haben, um sich an staatlichen Mitteln zu bereichern. In unserer Demokratie, die

1 Vgl.: BRÖKER, Michael: „CSU-Kantersieg muss Angela Merkel sorgen“ In: RP Online. Stand: 15. September 2013. <http://www.rp-online.de/politik/csu-kantersieg-muss-angela-merkel-sorgen-aid-1.3678475> (abgerufen am 10. Dezember 2013)

2 Vgl. BÖSCH, Frank: „Politische Skandale in Deutschland und Großbritannien“ In: Aus Politik und Zeitgeschichte - Inszenierte Politik (07/2006). S. 25-32

der Opposition als Kontrollinstanz der Regierung eine einflussreiche Rolle zugebracht hat, kann so eine Art von politischem Klüngel nur noch von anderen Institutionen, wie den Rechnungshöfen, den Verfassungsgerichten und im besonderen der Öffentlichkeit kontrolliert werden. Den Medien die diese Öffentlichkeit schaffen, möchte ich mich in dieser Arbeit widmen und die Mittel, mit denen sie arbeiten, analysieren.

Die Wurzeln dieser politischen Affäre sollen aufgezeigt, ihre Entwicklung beleuchtet und ihre Konsequenzen analysiert werden. Zuerst lege ich die politischen Rahmenbedingungen der Verwandtenaffäre dar, und versuche herauszufinden, wer sie geschaffen hat und wer am meisten von ihnen profitiert hat. Daraufhin will ich die Rolle der Medien und ihre Agenda-Setting-Funktion beleuchten. Genauso versuche ich die Framing-Theorie an Hand des Verwandtenskandals zu erklären und nachzuweisen. Darauf soll aufgezeigt werden, wie die vom Skandal betroffenen Personen und Institutionen Agenda-Cutting betrieben haben. Am Schluss werde ich analysieren, ob die Berichterstattung sogenannte Priming-Effekte nach sich gezogen hat, das heißt in wie weit die Aufdeckung der Affäre das Wahlverhalten des bayerischen Wahlvolkes beeinflusst haben könnte. Über der gesamten Arbeit schwebt die Frage „Was ist eigentlich ein politischer Skandal?“. Den Terminus „politischer Sandal“ werde ich genau definieren. Ich werde versuchen zu belegen, dass er treffend ist, um mit ihm die Verwandtenaffäre zu umreißen. Da der Verwandtenskandal zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht komplett aufgearbeitet ist und noch nicht alle Konsequenzen bekannt sind, möchte ich darauf hinweisen, dass diese Arbeit den Zeitraum bis zur Landtagswahl 2013 in Bayern abdeckt.

2 Ein potentieller Skandal

Durch die Buchvorstellung des bekannten Parteienkritikers Hans Herbert von Arnim im Mai 2013 wurden erste Verdächtigungen laut, dass bayerische Landtagsabgeordnete in fragwürdiger Weise ihre nächsten Verwandten als Mitarbeiter beschäftigen und von ihren Mitarbeiterpauschalen bezahlt haben. In einem Nebensatz erklärt von Arnim, dass es immer noch möglich sei, dass bayerische Landtagsabgeordnete Familienmitglieder beschäftigen, obwohl dies seit dem Jahr 2000 verboten ist. In seinem Buch deckt er auf, wie sich bayerische Politiker an Staatsmitteln bereichern. Dies wurde von den Medien aufgenommen, um die Wurzeln des Sachverhaltes zu beleuchten und aufzudecken.³

Erst einmal ist es von Nöten, die Ereignisse und Beschlüsse zu skizzieren, die Einfluss auf die Gesetzgebung hatten und die sich auf die Verwandtenbeschäftigung im Bayerischen Landtag beziehen. Daraufhin werde ich erörtern, inwieweit ein Skandal vorliegen könnte.

2.1 Chronologie der Verwandtenaffäre

Im November des Jahres 1999 beschloss der Bayerische Landtag eine Erhöhung der Erstattungspauschale für persönliche Mitarbeiter, die jeder Abgeordnete des bayerischen Landtags beschäftigen kann, um 40%. Die Diätenkommission, welche dem Landtag bei Fragen zur Festlegung der Abgeordnetenbezüge beratend zur Seite stehen soll, wurde laut des Kommissionspräsidenten Johann Schmidt nicht in die Entscheidungsfindung eingebunden. Es wurde der Verdacht geäußert, dass die Kommission bewusst vom Landtag umgangen worden sei. Die sieben Mitglieder der Diätenkommission drohten sogar mit Rücktritt, falls sich der Landtag in Zu-

³ Vgl. GIERKE, Sebastian: „Politiker sollen unter den Gesetzen leiden, die sie beschließen“ In: sueddeutsche.de. Stand: 25. Juni 2013. <http://www.sueddeutsche.de/bayern/parteienkritiker-von-arnim-politiker-sollen-unter-den-gesetzen-leiden-die-sie-beschliessen-1.1705366> (abgerufen am 13. Dezember 2013)

kunft weiter so verhalten würde. Zudem wurde ihre Empfehlung, die Beschäftigung von Ehepartnern oder engen Familienangehörigen zu verbieten, zunächst übergangen⁴. Schon hier wird ein Problem deutlich. Obwohl nach Artikel 23 des Bayerischen Abgeordnetengesetz eine Anhörung der Diätenkommission vor der Erhöhung jedweder Leistung⁵, also auch der Mitarbeiterpauschale, von Nöten gewesen wäre, hat diese nicht stattgefunden. Eine beabsichtigte Umgehung der Diätenkommission kann natürlich nicht einfach unterstellt werden, aber ein Problem auf das auch Hans Herbert von Arnim hinweist wird deutlich: Letztendlich entscheiden Abgeordnete über die Leistungen, die sie durch ihr Amt beziehen, selbst. Selbst wenn sich die Diätenkommission hätte äußern können, hätte sie die Entscheidung letztendlich nicht beeinflussen können. Die gemeinsamen Interessen der Abgeordneten, angemessen entschädigt zu werden, überwinden sogar die Fraktionsgrenzen. Es gibt keine Opposition gegen die Erhöhung der Bezüge und damit eigentlich keine parlamentarische Kontrolle. Somit kann aus Selbstbedienung leicht Missbrauch werden.⁶

Nachdem sich Ende 1999 der Vorsitzende des bayerischen Bundes der Steuerzahler, Rolf von Hohenau, kritisch zur Höhe der Mitarbeiterentgelte äußerte und in der Beschäftigung von Verwandten einen Schaden für das Ansehen der Politik sah⁷, betrachtete es auch Dr. Helmut Ritzer, damals Erster Vizepräsident des Landtags, als sinnvoll, dass bayerische Landtagsabgeordnete keine neuen Beschäftigungsverhältnisse mit Familienangehörigen eingehen sollten. Im Januar 2000 wurde ein Gesetzesentwurf vom Bündnis 90/Die Grünen eingebracht, der ein grundsätzliches Verbot der Verwandtenbeschäftigung vorsah, jedoch eine Übergangszeit in Aussicht stellte. Durch einen kritischen Bericht der Politsendung „Panorama“ vom 16. März 2000 über die Praktiken der Verwandtenbeschäftigung wuchs der öffentliche Druck auf die bayerischen Landtagsabgeordneten.

4 Vgl. DPA: „Bayern: Wirbel um höhere Mitarbeiter-Bezüge“ In: [spiegel.de](http://www.spiegel.de/politik/deutschland/bayern-wirbel-um-hoehere-mitarbeiter-bezuege-a-55080.html). Stand: 03. Dezember 1999. <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/bayern-wirbel-um-hoehere-mitarbeiter-bezuege-a-55080.html> (abgerufen am 13. Dezember 2013)

5 Vgl. BAYERISCHER LANDTAG: „Bayerisches Abgeordnetengesetz vom 6. März 1996“, Art. 23

6 Vgl. VON ARNIM, Hans Herbert (2013): „Die Selbstbediener – Wie bayerische Politiker sich den Staat zur Beute machen“ Wilhelm Heyne Verlag. Erweiterte Neuauflage 06/2013. S. 27

7 Vgl. HOFMANN, Till: „Chronologie der Verwandtenaffäre (4 von 19)“ In: [augsburger-allgemeine.de](http://www.augsburger-allgemeine.de/bayern/Schwaebische-Spezialtaeten-Alle-Zurueckgetretenen-aus-der-Region-id25444896.html). Stand: 30. Mai 2013. <http://www.augsburger-allgemeine.de/bayern/Schwaebische-Spezialtaeten-Alle-Zurueckgetretenen-aus-der-Region-id25444896.html> (abgerufen am 14. Dezember 2013)

Bei Sitzungen einer interfraktionellen Gruppe am 17. Mai und am 05. Juli 2000 wurde das Thema der Übergangsregelung für Verwandtenbeschäftigung wieder aufgegriffen. Zwar zog das Bündnis 90/Die Grünen ihren Gesetzesentwurf vom Januar wieder zurück, aber dennoch konnte damit gerechnet werden, dass ein Verbot der Verwandtenbeschäftigung nur noch eine Frage der Zeit war und eine Übergangsregelung für die bereits angestellten Verwandten von Landtagsabgeordneten geschaffen werden würde.⁸

Zum 1. Dezember 2000 trat das Gesetz zur Änderung des bayerischen Abgeordnetengesetzes in Kraft. Hierbei zeichnete sich ein scheinbares Entgegenkommen der Landtagsabgeordneten gegenüber der Diätenkommission ab. Ab nun waren „Aufwendungen für Personen, die mit dem Mitglied des Landtags verheiratet, oder im ersten Grad verwandt oder im ersten Grad verschwägert sind“⁹, nicht mehr erstattungsfähig. Es wurde jedoch eine Klausel eingebaut, mit der sogenannte Altverträge – also Mitarbeiterverhältnisse mit Ehepartnern oder Verwandten ersten Grades, die vor dem 1. Dezember 2000 abgeschlossen wurden – weiterhin unbefristet bestehen bleiben konnten.¹⁰ Damit konnten 79 Abgeordnete des bayerischen Landtags ihre nahen Familienangehörigen weiterbeschäftigen.¹¹ Bemerkenswert ist hierbei, dass als die Diätenkommission anregte die Erstattung von Kosten für beschäftigte Verwandten zu unterbinden, lediglich von 45 Landtagsabgeordneten die Rede war, die überhaupt Verwandte ersten Grads beschäftigten. Damit liegt der Verdacht nahe, dass einige Landtagsabgeordnete im Bewusstsein der nahenden Gesetzesänderung, bis kurz vor dem Stichtag am 1. Dezember 2000 Verwandte ersten Grads einstellten, um die persönlichen Vorteile eines solchen Beschäftigungsverhältnisses abzuschöpfen.¹² Als beispielhaft kann man die Umstände der Beschäftigung der Kinder des Georg Winter bezeichnen. Der ehemalige Vorsitzende des Haushaltsausschusses, hatte seine beiden damals 13-

⁸ Vgl. VON ARNIM, 06/2013: S. 87-88

⁹ BAYERISCHER LANDTAG: „Gesetz zur Änderung des Bayerischen Abgeordnetengesetzes vom 1. Dezember 2000“ §1 1. c)

¹⁰ Vgl. BAYERISCHER LANDTAG: „Gesetz zur Änderung des Bayerischen Abgeordnetengesetzes vom 1. Dezember 2000“ §2

¹¹ Vgl. BAYERISCHER LANDTAG: „Pressemitteilung des Bayerischen Landtags vom 03. Mai 2013“ https://www.bayern.landtag.de/de/16_10308.php (abgerufen am 14. Dezember 2013)

¹² Vgl. VON ARNIM, 06/2013: S. 87-88

und 14-jährigen Söhne ab dem 1. November 2000 angestellt, einem Zeitpunkt als sich das Gesetz bereits zur ersten Lesung im Landtag befand. Zusätzlich ist das Anstellungsverhältnis der beiden Söhne als illegal anzusehen, da sie an diesem Tag minderjährig waren, wie durch das Landtagssamt im Jahr 2013 festgestellt wurde.¹³

Die Altfallregelung blieb jedoch weiterhin Thema in der unabhängigen Diätenkommission. Diese forderte im Jahr 2002 vom Landtag die Beschäftigungsverhältnisse mit Ehefrauen und Kindern zum Ende der Wahlperiode 2003 auslaufen zu lassen. Hierauf schrieb der damalige Landtagspräsident Böhm an die Fraktionen, dass die Altfallregelung, unabhängig von der Forderung der Diätenkommission, weiterhin Bestand haben würde. Auch hier ist auffällig, dass sich auch die interfraktionelle Arbeitsgruppe zum Abgeordnetenrecht eindeutig für die Weiterführung der Verträge ausgesprochen hat. Die oppositionellen Kräfte innerhalb der Arbeitsgruppe äußerten keine Kritik und waren in diesem Punkt mit der Regierungspartei im Einklang, wie aus einem Protokoll des Ältestenrates vom 27. November 2002 hervorgeht.¹⁴ Die Rechtmäßigkeit die Beschäftigungsverhältnisse, die vor dem 1. Dezember 2000 mit Verwandten ersten Grades geschlossen wurden, weiterzuführen, wurde dann auch in den Jahren 2004 und 2009 durch Beschlüsse des Präsidiums und des Ältestenrats des Bayerischen Landtags bestätigt.¹⁵

2.2 Sind die Vorkommnisse skandalös?

Nachdem ich nun die Vorgänge um die Verwandtenaffäre grob skizziert habe, stellt sich die Frage, ob es sich bei ihnen um einen wirklichen Skandal handelt. Dazu muss definiert werden, was eine Geschichte zu einem

13 Vgl. DRS; AFP; DPA: „Last-Minute-Verträge: Winter zahlte für Söhne über 90.000 Euro zurück“ In: augsburger-allgemeine.de. Stand: 28. Mai 2013. <http://www.augsburger-allgemeine.de/politik/Last-Minute-Vertraege-Winter-zahlte-fuer-Soehne-ueber-90-000-Euro-zurueck-id25419776.html> (abgerufen am 14. Dezember 2013)

14 Vgl. DPA: „Landtag schlug Warnungen in den Wind“ In: mittelbayerische.de. Stand: 19. Mai 2013. <http://www.mittelbayerische.de/nachrichten/oberpfalz-bayern/artikel/landtag-schlug-warnungen-in-den-wind/917354/landtag-schlug-warnungen-in-den-wind.html#917354> (abgerufen am 15. Dezember 2013)

15 Vgl. BAYERISCHER LANDTAG: „Pressemitteilung des Bayerischen Landtags vom 19. April 2013“ http://www.bayern.landtag.de/de/16_10285.php (abgerufen am 15. Dezember 2013)

Skandal macht und welche Charakteristika zusammenkommen müssen, um von einem Skandal sprechen zu können. Doch als erstes möchte ich mich der Herkunft des Wortes „Skandal“ widmen.

Die alten Griechen bezeichneten mit dem Wort „skándalon“ die Auslösevorrichtung einer Tierfalle, doch es entwickelte sich zu einem Synonym für Anstoß und Verführung. So ist in der Bibel damit die Versuchung gemeint, die der Teufel dem Menschen in den Weg legt. Das griechische „skándalon“ wurde als „scandalum“ in das Kirchenlatein übernommen und bezeichnete hier die Verführung zum Bösen. Daraus und auch aus dem darauf beruhenden französischen „scandale“ wurde das deutsche Wort Skandal entlehnt, welches heute ein Vorkommnis bezeichnet, das Empörung und Aufsehen erregt.¹⁶ Doch die Ursprünge des Begriffes machen deutlich, dass am Anfang eines Skandals immer eine Verführung stehen muss. Diese Verführung muss demjenigen, der durch sein Handeln einen Skandal riskiert, erstrebenswert genug sein, das Risiko in Kauf zu nehmen. Ohne Verführung kein Skandal.

Bei den vorliegenden Vorkommnissen stellt sich somit die Frage, welche Art von Verführung vorliegt. Grundsätzlich liegt in der Möglichkeit die Höhe des eigenen Gehalts und der zugehörigen Zusatzleistungen selber zu bestimmen eine große verführerische Kraft. Solange die Kontrollinstanzen, wie zum Beispiel die Diätenkommission, sehr zahnlos daher kommen, weil sie nur Empfehlungen aussprechen kann, können die Bayerischen Landtagsabgeordneten die Stellschrauben zu ihren Gunsten drehen. Vor allem auch weil sie sich erst einmal grundsätzlich in einem legalen Rahmen bewegen, müssen sie auch keine Angst vor der Skandalisierung solcher Entscheidungen haben. Dies gilt auch für die diversen Verlängerungen der Übergangsregelung zur Beamtenbeschäftigung. Die Einfachheit die Beschlüsse einstimmig durchzusetzen und kaum ernsthaften Gegenwind zu bekommen, verführte sie, die Selbstbedienung an der Staatskasse auf die Spitze zu treiben.

¹⁶ Vgl. DWDS: Etymologisches Wörterbuch (nach Pfeifer). <http://www.dwds.de/?view=10&qu=skandal> (abgerufen am 17. Dezember 2013)

Zwar steht die Verführung am Anfang eines Skandals, aber dennoch müssen noch weitere Charakteristika zusammenkommen, um von einem Skandal sprechen zu können.

Laut Thompson ist das offensichtlichste Charakteristikum eines Skandals die Übertretung bestimmter Werte. Skandale beinhalten immer Taten oder Ereignisse, die bestimmte Werte, gesellschaftliche Normen oder Moralvorstellungen verletzen. Am Anfang muss also ein Verstoß vorliegen.¹⁷ Hier liegt auch mein erster Ansatzpunkt, um die eingangs gestellte Frage zu beantworten. Liegt eine Übertretung bestimmter Werte vor?

Einer der wichtigsten Grundwerte der demokratischen Welt ist die grundsätzliche Gleichheit aller Bürger. Wird politische Macht missbraucht, um Vorteile für wenige Einzelne zu schaffen, dann wird dieser Grundsatz unterwandert. Dies ist im Falle der Altfallregelung so geschehen. Die Möglichkeit, die Höhe der eigenen Bezüge mitzugestalten, ist an die eigene politische Macht geknüpft. Diese politische Macht besitzt ein Landtagsabgeordneter jedoch nur durch das Votum des Wahlvolkes. Als Vertreter dessen ist er verpflichtet, politische Entscheidungen danach abzuwägen, ob sie im Interesse des Volkes liegen, und nach seinem Gewissen zu handeln. Wenn bayerische Landtagsabgeordnete im Interesse ihres Familieneinkommens handeln, untergräbt das diese Grundsätze. Des weiteren sollten die Stellen, die Politiker ausschreiben, für jeden zugänglich sein, der qualifiziert genug ist. Der Abgeordnete des Bayerischen Landtags Professor Peter Ganzer hat sich im NDR-Magazin „Panorama“ in diesem Sinne auf die Frage, warum er denn nicht seine Ehefrau beschäftige, geäußert: "Weil ich gemerkt habe, daß ein wissenschaftlicher Mitarbeiter wesentlich besser arbeiten kann, für meine Zwecke als Abgeordneter, als es eine Ehefrau tun könnte, die auf einem anderen Gebiet wesentlich besser ist."¹⁸ Er führt weiter aus: "Wenn man in der freien Wirtschaft jemanden einstellt, Angehöriger oder Ehefrau gar, dann tut man das in seinem Betrieb und dann bezahlt man das, und dann wird das kontrolliert durch's Fi-

17 Vgl. THOMPSON, John B: „Political Scandal – Power and Visibility in the Media Age“ Polity Press. 2000. S.14-18

18 GANTZER, Peter in PANORAMA vom 16. März 2000
<http://daserste.ndr.de/panorama/archiv/2000/erste7448.html> (abgerufen am 22. Dezember 2013)

nanzamt. Das schaut nämlich nach, ob auch wirklich ein Arbeitsverhältnis besteht. Tue ich das im Landtag, gibt es erstens keine Kontrolle, und zum zweiten ist der Unterschied der, dass, wenn ich meinen Ehegatten einstelle, dann wird er vom Steuerzahler bezahlt, nicht von meinem Geld, das ich im Betrieb verdiene. Und das ist ein so großer Unterschied, dass ich meine, dass man das nicht tun sollte."¹⁹

Damit bringt er die Problematik der grundsätzlichen Beschäftigung von Familienangehörigen bei Landtagsabgeordneten und auch die Problematik der Übergangsregelung auf den Punkt. Die Politiker schaffen sich eine Sonderrolle, in der sie selbst über die Verwendung öffentlicher Gelder zu ihren Gunsten entscheiden. Darin sehe ich eine Übertretung der grundsätzlichen Gleichheit aller Bürger. Somit kann man die Beschäftigung von Familienangehörigen durchaus als eine Normverletzung bezeichnen. Hinzu kommt die Zunahme der Verwandtenbeschäftigung im Bayerischen Landtag, kurz bevor das Gesetz zum Verbot der selbigen erlassen wurde. Dies lässt darauf schließen, dass einige Abgeordnete bewusst von der der Altfallregelung Gebrauch machten, um finanziell von ihr zu profitieren.

Grundsätzlich möchte ich noch Folgendes festhalten: Gewählte Politiker bewegen sich in der Öffentlichkeit und sind durch die Medien sichtbar. Als Personen öffentlichen Interesses sind sie anfälliger als andere Personen in Skandale verwickelt zu werden. Sie stehen in ihrer Arbeit für bestimmte Werte und Normen ein, dadurch bewegen sie sich in exponierter Position und Verfehlungen werden eher wahrgenommen. Jedoch hat nicht jeder Verstoß das Potential zu einem Skandal, wenn er zu unbedeutend ist. Eine Verwarnung für Falschparken wird nicht zum Skandal werden, außer das Falschparken lenkt den Blick auf eine andere Verfehlung und ist nur das auslösende Moment. Manche Normverletzungen sind so ausschweifend, dass sie nicht mit dem Begriff „Skandal“ assoziiert werden und damit nicht als solcher bezeichnet werden können. Ein Genozid zum Beispiel ist ein viel zu exzessiver Vorgang, als dass er dadurch angemessen beschrieben werden könnte.

¹⁹ Ebenda.

Ein Skandal beinhaltet jedoch ein weiteres Charakteristikum.²⁰ Es ist immer eine Art Verschleierung der Vorgänge vorhanden. Diese sind Außenstehenden aber dennoch bekannt oder sie vermuten zumindest, dass sie existent sind. Personen, die das Gefühl haben oder denen vollkommen bewusst ist, dass ihre Handlungen in der Öffentlichkeit auf Ablehnung und Unverständnis stoßen würden, versuchen diese Handlungen vor Außenstehenden zu verstecken. Hierbei entsteht ein theoretisches Problem für den Skandal. Wissen nur die Personen, die direkt an einer skandalträchtigen Normverletzung beteiligt sind, von dieser, dann kann überhaupt kein Skandal entstehen. Damit er entstehen kann, müssen Außenstehende zwar nicht unbedingt in voller Kenntnis der normverletzenden Vorgänge sein, aber zumindest gerüchteweise davon gehört haben. Skandale beinhalten meist eine Mischung aus Faktenwissen zu den Vorgängen, als auch mehr oder weniger gut begründete Vermutungen. Somit ist ein Skandal immer ein Phänomen, dass sich in einem bestimmten öffentlichen Rahmen abspielt. Danach muss diese Kenntnis für eine breitere Masse veröffentlicht werden. Treffen diese drei Dinge nicht zu, gibt es zwar eine Normverletzung, aber keine Kenntnis über sie. Die Vorgänge bergen also das Potential skandalös zu sein. Sie können sich also zu einem Skandal entwickeln, aber erst wenn außenstehende Kenntnis erlangen und diese veröffentlichen. Dadurch lässt sich schon hieraus schließen, dass die Medien eine entscheidende Rolle bei der Skandalisierung spielen.

Grundsätzlich kann man nicht behaupten, dass die Vorgänge im Bayerischen Landtag nicht bekannt waren oder gänzlich verschleiert worden sind. So existiert ja zu diesem Thema der Artikel aus dem Spiegel von Ende 1999²¹ und der Bericht des Magazins „Panorama“ im NDR.²² Diese Berichte trugen mit Sicherheit auch ihren Teil dazu bei, dass die Beschäftigung von Verwandten ersten Grades verboten wurde. Jedoch kann durchaus behauptet werden, dass Mitglieder des Bayerischen Landtags versucht haben, die Beendigung der Verwandtenbeschäftigung ersten Gra-

20 Vgl. THOMPSON (2000): S.18

21 Vgl. DPA: „Bayern: Wirbel um höhere Mitarbeiter-Bezüge“ In: spiegel.de. Stand: 03. Dezember 1999. <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/bayern-wirbel-um-hoehere-mitarbeiter-bezuege-a-55080.html> (abgerufen am 13. Dezember 2013)

22 Vgl. PANORAMA vom 16. März 2000 <http://daserste.ndr.de/panorama/archiv/2000/erste7448.html> (abgerufen am 22. Dezember 2013)

des und die Altfallregelung umfassender darzustellen, als sie es wirklich waren. So wurde der Eindruck erweckt, dass jede Art von Verwandtenbeschäftigung untersagt sein würde. Dies ist jedoch absolut unzutreffend, da Verwandte zweiten oder höheren Grades immer noch angestellt werden konnten.²³ Somit kann man schon davon sprechen, dass der Öffentlichkeit nicht die gesamte Wahrheit offen kommuniziert wurde. Um diese ganz zu durchblicken, hätte man sich intensiv mit dem Gesetzesentwurf beschäftigen müssen.

Laut dem Vorblatt des Gesetzentwurfs soll auch die Diätenkommission gehört worden sein und ihre Zustimmung gegeben haben. Dies wird jedoch von Hans Herbert von Arnim angezweifelt. In seinem Buch stellt er fest: „Sollte die Kommission dem Gesetzentwurf tatsächlich zugestimmt haben, müsste sie ihre Auffassung radikal geändert haben und völlig eingeknickt sein.“²⁴ Er bezieht sich darauf, dass die Diätenkommission noch im März 1999 darauf hingewiesen hat, dass jede Art von Beschäftigung mit Verwandten nicht staatlich finanziert werden sollte.

Zusammenfassend kann man also sagen, dass die Entscheidungen des Bayerischen Landtages zumindest zwei Charakteristika in sich tragen, die es benötigt, um einen politischen Skandal zu formen. Man muss jedoch festhalten, dass man hier dennoch noch nicht von einem politischen Skandal sprechen kann. Damit dieser erreicht wird, fehlen noch einige Charakteristika. Bisher können, die Vorkommnisse lediglich als potentiell skandalös²⁵ gesehen werden. Wie sich der potentielle Skandal zu einem leibhaftigen Skandal entwickelt hat, soll in den nächsten Kapiteln gezeigt werden. Damit ein politischer Skandal entstehen kann, muss ein gewisser Grad von Kenntnis dieser Vorgänge öffentlich zugänglich sein. Diese Kenntnis müssen sich Leute, die nichts mit den potentiell skandalösen Vorgängen zu tun haben, aneignen und dann einer breiteren Masse zugänglich machen. Da der Gesetzentwurf öffentlich einzusehen ist, ist damit zu rechnen, dass Personen über die wahre Tragweite der Gesetzesänderung

23 Vgl. VON ARNIM (06/2013): S. 89-90

24 VON ARNIM (06/2013): S. 91

25 Vgl. THOMPSON (2000): S.19

Kenntnis erlangen könnten. Somit kann man davon ausgehen, dass zwar versucht wurde, den Gesetzentwurf in der Öffentlichkeit weitreichender erscheinen zu lassen, als er war, aber dennoch einige Außenstehende von der wahren Tragweite wussten.

2.3 Wer ist von den Vorwürfen betroffen

Bis hierhin ist auffällig, dass in der Beschreibung der Vorgänge rund um die Verwandtenaffäre weniger von einzelnen Personen oder Parteien die Rede ist, sondern vom Bayerischen Landtag als Institution. Das wirft die Frage auf, was die Gründe hierfür sein könnten.

Meist konstituiert sich ein Skandal aus dem Ansinnen von Oppositionspolitikern, sich zu profilieren. Die meisten Skandale sind durch Andeutungen entstanden, und nicht durch die Schlagzeilen der Journalisten. Im Interesse den politischen Gegner zu schwächen oder die eigenen politischen Ziele durchzusetzen, forcieren Oppositionelle die Skandalisierung und nehmen sich oftmals die Presse zur Hilfe, indem sie ihr Informationen zuspiesen.²⁶

Dies ist in diesem potentiellen Skandal nicht der Fall. Die Andeutung von unmoralischen Vorgängen kommt nicht aus Reihen der Politik selbst, sondern durch Hans Herbert von Arnim, der als Parteienkritiker außerhalb jeder politischen Einordnung steht. Diese Andeutungen sind von der Presse aufgenommen, detailreich recherchiert, und die genauen Umstände der Verwandtenbeschäftigung in die Öffentlichkeit getragen worden. Die Tatsache, dass kein Politiker, der von den Praktiken wusste, den Weg in die Öffentlichkeit suchte, um den eventuell in die Vorgänge verstrickten politischen Gegner zu schwächen, legt die Vermutung nahe, dass die Affäre weniger einzelne Parteien betrifft, als die gesamte politische Klasse in Bayern.²⁷

²⁶ Vgl. BÖSCH, Frank: „Politische Skandale in Deutschland und Großbritannien“ In: Aus Politik und Zeitgeschichte - Inszenierte Politik (07/2006). S. 25-32

²⁷ Vgl. VON ARNIM (06/2013): S. 91

Diese Vermutung lässt sich durch eine von der Präsidentin des bayerischen Landtags Barbara Stamm im Mai 2013 veröffentlichte Liste belegen, in der offen gelegt wird, welche 79 Abgeordnete des Landtags Familienangehörige nach dem 1. Dezember 2000 beschäftigten. In der vierzehnten Wahlperiode (1998-2003) beendeten siebzehn Abgeordnete der CSU, vierzehn Abgeordnete der SPD und der fraktionslose Abgeordnete Volker Hartenstein ihre Arbeitsverhältnisse mit Familienangehörigen. In der fünfzehnten Wahlperiode (2003 – 2008) zogen weitere zweiundzwanzig Abgeordnete der CSU, sowie sieben der SPD und einer vom Bündnis 90/Die Grünen nach. Im Jahr 2012 beschäftigten lediglich noch siebzehn Mitglieder der CSU Familienangehörige auf Kosten der Steuerzahler.²⁸

Die Zahlen belegen, dass Mitglieder aller wichtigen Parteien, die in den Jahren von 1998 bis 2013 im Bayerischen Landtag vertreten waren, von der Übergangsregelung zur Verwandtenbeschäftigung profitieren konnten. Ausnahmen bilden hierbei die FDP und die Freien Wähler, die aber auch erst ab 2008 Sitze im Landtag erringen konnten.²⁹ Damit wird deutlich, dass es eigentlich keine politische Kraft gab, die an der Veröffentlichung der Selbstbedienung Interesse gehabt hätte. Diese Annahme unterstützt auch Hans Herbert von Arnim. Er spricht von „von der CSU initiierten politischen Kartellen“³⁰. Das bedeutet, dass die parlamentarische Opposition von der CSU mit eingebunden wird, wenn es darum geht Entscheidungen zu treffen, von denen letztendlich alle Parteien oder deren Angehörige profitieren. Die Führungsrolle der CSU in diesem politischen Klüngel ergibt sich allein schon aus der Stärke im Parlament. Die absolute Mehrheit in den Wahlperioden Vierzehn und Fünfzehn³¹ zeigt die politische Macht der CSU im fraglichen Zeitraum. Warum eine politische Kartellbildung dennoch Sinn macht, obwohl man zur Entscheidungsfindung nicht darauf angewiesen ist, begründet Hans Herbert von Arnim schlüssig: „... weil alle

28 Vgl. SPIEGEL.DE: „Gehaltsaffäre in Bayern: Die Liste der Amigo-Abgeordneten im Überblick“ In: [www.spiegel.de](http://www.spiegel.de/politik/deutschland/bayerischer-landtag-die-liste-der-amigo-abgeordneten-im-ueberblick-a-897986.html). Stand: 03. Mai 2013. „<http://www.spiegel.de/politik/deutschland/bayerischer-landtag-die-liste-der-amigo-abgeordneten-im-ueberblick-a-897986.html>“ (abgerufen am 23. Dezember 2013)

29 Vgl. WAHLRECHT.DE: „Ergebnisse der Landtagswahlen in Bayern“ In: [wahlrecht.de](http://www.wahlrecht.de/ergebnisse/bayern.htm). „<http://www.wahlrecht.de/ergebnisse/bayern.htm>“ (abgerufen am 23. Dezember 2013)

30 Vgl. VON ARNIM (06/2013): S. 23

31 Vgl. WAHLRECHT.DE: „Ergebnisse der Landtagswahlen in Bayern“ In: [wahlrecht.de](http://www.wahlrecht.de/ergebnisse/bayern.htm). „<http://www.wahlrecht.de/ergebnisse/bayern.htm>“ (abgerufen am 23. Dezember 2013)

etablierten Parteien mitmachen, ist dem Bürger die Möglichkeit genommen, mit dem Stimmzettel dagegen vorzugehen.“³²

2.4 Zwischenfazit

Die Landtagsabgeordneten in Bayern haben im Jahr 2000 ein Gesetz geschaffen, dass ihnen ermöglichte, Beschäftigungsverhältnisse mit Verwandten ersten Grades weiterzuführen und Verwandte ab dem zweiten Grad ohne Einschränkung zu beschäftigen. Dies geschah ohne Berücksichtigung der Vorschläge von Seiten der Diätenkommission. Zusätzlich haben die Bayerischen Politiker die Gesetzesänderung weit umfassender in der Öffentlichkeit dargestellt, als sie es wirklich war. Darin liegt die Anschuldigung begründet, dass sie ihre Position ausgenutzt haben, um sich selbst und ihre Familien am Staat zu bereichern. Dies ist ein potentiell skandalöses Verhalten, da gesellschaftliche Normen verletzt und die Bürger nur unzureichend informiert wurden, dies aber noch keine Rolle in der öffentlichen Wahrnehmung gespielt hat. Somit handelt es sich bis zu diesem Punkt noch nicht um einen politischen Skandal.

Eine Führungsrolle in der Verwandtenaffäre nimmt die CSU ein, da ihre Abgeordneten am umfassendsten von der Übergangsregelung für Altfälle profitiert haben. Die CSU bildet jedoch mit den anderen Parteien ein politisches Kartell. Sie schafft es, den politischen Gegner für unpopuläre Vorhaben, die lediglich den Abgeordneten oder den Parteien helfen, mit einzuspannen. Es gelingt ihr, die alleinige politische Verantwortung abzugeben und nimmt dem Wähler die Möglichkeit eine potentiell bessere Alternative zu wählen und in Regierungsverantwortung zu bringen.

32 VON ARNIM (06/2013): S. 24

3 Der Skandal wird entfacht

In diesem Kapitel widme ich mich der Rolle der Medien bei der Skandalisierung der Bayerischen Verwandtenaffäre vom potentiellen zum vollwertigen Skandal. Die Mechanismen des Agenda Setting sollen aufgezeigt und die Frage beleuchtet werden, welche Gegenmaßnahmen die betroffenen Politiker ergreifen.

3.1 Die Öffentlichkeit und die Verwandtenaffäre

Damit sich ein Skandal entwickeln kann, benötigt es erst jemanden, der sich die öffentlich zugängliche Kenntnis aneignet. Im Falle der Verwandtenaffäre nimmt hier Hans-Herbert von Arnim eine entscheidende Rolle ein. In seinem Buch „Die Selbstbediener – Wie bayerische Politiker sich den Staat zur Beute machen“, das im April 2013 erschienen ist, weist er auf viele Unsauberheiten in der bayerischen Politik hin, durch die sich bayerische Politiker und ihre Parteien bereichern. In einem Nebensatz erwähnte er, dass es immer noch möglich sei, dass bayerische Landtagsabgeordnete ihre eigenen Verwandten beschäftigten, obwohl dies seit 1. Dezember 2000 verboten ist. Er hat also einen gewissen Grad an Kenntnis über diese Vorgänge, den es zur Entwicklung eines Skandals benötigt. Er hat die Vorgänge als moralisch verwerflich bewertet und sieht in den Handlungen der bayerischen Landtagsabgeordneten eine Überschreitung des guten Geschmacks. Somit ist klar, dass zur Kenntnis von Außenstehenden über potentiell skandalöse Vorgänge noch die Ablehnung der Vorgänge hinzukommen muss.³³ Diese Ablehnung muss auch ausgedrückt werden. Der Skandal besteht eben auch zum großen Teil aus der Antwort, die Außenstehende auf die bekannt gewordenen Vorkommnisse geben, wenn sie sich von diesen in ihren Wertvorstellungen angegriffen fühlen.

³³ Vgl. THOMPSON (2000): S.19

Diese Antwort hat also Hans Herbert von Arnim mit der Kritik in seinem Buch gegeben, die dann von den Medien aufgenommen und auf ein breiteres Fundament gestellt wurde, wie auf den folgenden Seiten beschrieben wird. Somit konstituiert sich ein Skandal nicht nur aus Taten, die Wertvorstellungen untergraben, sondern auch aus Worten, mit denen auf die Taten reagiert wird. Gibt es keine Reaktion, gibt es auch keinen Skandal. Die Antwort auf die fragwürdigen Vorgänge beinhaltet immer den Vorwurf, dass es sich bei den Taten um schändliche Vorgänge handelt. Dadurch impliziert die Antwort, dass die Taten Schimpf und Schande über die involvierten Personen bringen werden. Zwar kann die Antwort alles zwischen milden Einwänden und absoluter Ablehnung beinhalten, sie muss jedoch in gewisser Weise öffentlich gegeben werden. Wird die Ablehnung in einem Gespräch zwischen Vertrauten ausgedrückt, dann kann das zu Gerüchten führen, jedoch nicht zu einem Skandal. Somit müssen die Massenmedien für die Reaktion auf die Taten genutzt werden, um einen Skandal heraufzubeschwören. Die Reaktion muss also öffentlich im Internet, in den Printmedien und dem Rundfunk gegeben werden. Damit überwinden die potentiell skandalösen Vorgänge sowohl Zeit als auch Raum. Die Kunde des Skandals und die Reaktion beschränken sich nicht mehr auf die Örtlichkeit, wo die Vorkommnisse stattgefunden haben, sondern werden weit darüber hinaus weitergetragen, so dass eine breite Öffentlichkeit über alle Vorgänge informiert ist.³⁴

Um zu sehen wie groß der Widerhall auf die Vorwürfe von Hans Herbert von Arnim in den Medien war und welche Rolle sie im weiteren Verlauf der Skandalisierung spielen, möchte ich nun kurz die Massenmedien beleuchten.

Die Massenmedien nehmen nach dem Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland eine besondere Rolle in unserer Gesellschaft ein. Nach Artikel Fünf des Grundgesetzes sind die Medien durch das Grundrecht der Presse- und Rundfunkfreiheit vor staatlichem Eingriff geschützt.³⁵ Die

³⁴ Vgl. THOMPSON (2000): S.20 - 22

³⁵ Vgl. GRUNDGESETZ FÜR DIE BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND: „Artikel 5“ Stand: 11. Juli 2012.
http://www.bundestag.de/bundestag/aufgaben/rechtsgrundlagen/grundgesetz/gg_01.html (abgerufen am 26. Dezember 2013)

Massenmedien haben die verantwortungsvolle Aufgabe an der politischen Meinungsbildung mitzuwirken. Die Bürger einer Demokratie müssen in der Lage sein, sich ihre Meinung zu bestimmten Themen zu bilden. Dazu benötigen sie Informationen, die durch die Medien gesammelt und aufbereitet werden. Auf Grundlage dieser Informationen bilden sich die Bürger ihre Meinung zu politischen Themen. Somit schlagen die Medien eine Brücke zwischen dem Bürger und seinen politischen Vertretern, die er gewählt hat. Über die Medien erfährt das Volk was Parlament und Regierung planen. Aber auch die politische Klasse kann durch die Medien die Stimmung und Meinung im Volke herauslesen. Somit üben die Medien eine Kontrollfunktion gegenüber Regierung und Opposition aus. Sie versorgen das Volk auch mit den Informationen, die die Machthabenden unter Umständen nicht gerne öffentlich gemacht sehen.³⁶ Somit erfahren die Bürger die Information eigentlich erst aus zweiter Hand.

Aus diesen Grundlagen, die die Rolle der Medien in der Bundesrepublik Deutschland beschreiben, lässt sich schon einmal ableiten, dass die Medien entscheiden, was in der Öffentlichkeit diskutiert wird. Diese Theorie des Agenda Setting besagt, dass die Medien zwar nicht unbedingt beeinflussen können, was die Rezipienten denken, sie bestimmen aber wohl über welche Themen sie nachdenken.³⁷ So bestimmt die Quantität der Veröffentlichungen zu einem bestimmten Thema - also die Medienagenda -, ob und wie stark es eine Rolle im öffentlichen Diskurs spielt.

Die Andeutung durch Hans Herbert von Arnim, dass bayerische Landtagsabgeordnete noch Ehefrauen, Kinder und andere Verwandte trotz gegenteiliger Gesetzeslage beschäftigen könnten, haben die Medien aufgegriffen. Sie setzten das Thema auf ihre Agenda. Die Affäre fächerte sich immer mehr auf und unterteilte sich in immer mehr Einzelaffären, die das Gesamtbild „Verwandtenaffäre“ erzeugten. So zogen sich die Veröffentlichungen mit dem Label „Verwandtenaffäre“ über einen langen Zeitraum

36 Vgl. BRANAHL, Udo: „Wozu benötigen wir Medien“ In: Informationen zur Politischen Bildung 309 - Massen - medien (04/2010). S. 6-7

37 Vgl. MC COMBS, Maxwell; SHAW, Donald: „The Agenda-Setting Function of Mass Media“ In: The Public Opinion Quarterly Vol.36, No. 2 (1972). S. 176-187

hin. Die Affäre selber fächerte sich selbst immer weiter aus, wie ich an Hand einiger Beispiele im Folgenden Belegen kann.

Die Beschäftigungsverhältnisse von einzelnen Landtagsabgeordneten wurden genauestens durch die Medien in Augenschein genommen. Dadurch personalisierte sich die Affäre und die Hintergründe einzelner Beschäftigungsverhältnisse kamen ans Licht. So wurde öffentlich, dass der Landtagsabgeordnete Georg Winter seine beiden Söhne in illegaler Weise angestellt hatte. Dazu trat zu Tage, dass er den Jüngeren der Beiden weiter finanziell durch die Mitarbeiterpauschale unterstützte, als dieser einen Studienaufenthalt in Chile verbracht hat.³⁸ So personalisierte sich die Affäre an Hand der Verfehlungen einzelner Landtagsabgeordneter immer weiter. Einige Vorwürfe gingen sogar weit über den eigentlichen Vorwurf, die Staatskassen mit der selbst gemachten und zweifelhaften Altfallregelung zur eigenen Bereicherung zu belasten, hinaus. So wurde dem CSU-Fraktionschef Georg Schmid vorgeworfen, er habe seine Ehefrau jahrelang als Scheinselbständige beschäftigt und so die eigentlich fälligen Sozialabgaben für sie einbehalten.³⁹ Der SPD-Abgeordnete Harald Güller ist im Jahr 2009 für zwei Monate ein Beschäftigungsverhältnis mit seinem Stiefsohn eingegangen, was durch das Gesetz zur Änderung des Bayerischen Abgeordnetengesetzes vom 1. Dezember 2000 illegal war.⁴⁰

Diese Art der Berichterstattung gibt dem Thema Verwandtenaffäre einen Rahmen und wird als Framing bezeichnet. Das bedeutet, dass die Medien die Affäre in bestimmte Deutungsrahmen setzen. Das Framing betont bestimmte Aspekte der Affäre und stellt diese in den Vordergrund. So wird durch die Beleuchtung einzelner Politiker der Skandal festgemacht. Dadurch selektieren die Medien vor, welche Aspekte Bedeutung haben und welche nicht. Diese Frames tragen immer eine normative oder emotionale

38 Vgl. BÖHM, Angela: „CSU-Verwandtenaffäre: Hilfe aus Chile“ In: abendzeitung-muenchen.de. Stand: 06. Juni 2013. <http://www.abendzeitung-muenchen.de/inhalt.georg-winter-und-seine-soehne-csu-verwandtenaffaere-hilfe-aus-chile.941dbc91-1d58-4223-8cff-7ccdeb0de062.html> (abgerufen am 16. Dezember 2013)

39 Vgl. BR: „Hausdurchsuchung bei Georg Schmid“ In: br.de. Stand: 20. Mai 2013. <http://www.br.de/nachrichten/schmid-beschaefigungsaffaere-hausdurchsuchung-100.html> (abgerufen am 16. Dezember 2013)

40 Vgl. SUEDEDEUTSCHE.DE; DPA; SEGI: „Landtag hebt Güllers Immunität auf“ In: sueddeutsche.de. Stand: 04. Dezember 2013. <http://www.sueddeutsche.de/bayern/verwandtenaffaere-landtag-hebt-guellers-immunitaet-auf-1.1812966> (abgerufen am 16. Dezember 2013)

Bedeutung. Die Frames werden auch durch die Wortwahl abgesteckt.⁴¹ Als Beispiel möchte ich den Begriff Freibierparlament heranziehen. Er war in der Presse im Bezug auf den Bayerischen Landtag zu lesen.⁴² Diese Wort-schöpfung soll die Mentalität der Selbstbedienung im Landtag unterstreichen, hat aber eine klar negative, fast schon lächerliche Konnotation. Dadurch unterstellt die Presse schon einmal die moralische Verfehlung der Abgeordneten. Die Bezeichnung macht das Parlament gegenüber seinen Wählern lächerlich. Dies geschieht beim Rezipienten auf der emotionalen Ebene. Die Medien forcieren also ein diagnostisches Framing, welches die Probleme der Verwandtenbeschäftigung im Parlament ins Zentrum stellt und den Bayerischen Abgeordneten als Schuldigen der Zustände darstellt. So habe ich bei meinen Recherchen nur einen Artikel gefunden, der die Verwandtenbeschäftigung in der Politik nicht als grundsätzlich negativ beschreibt. Es handelt sich um einen Gastbeitrag von Max Strauss, Sohn des ehemaligen bayerischen Ministerpräsidenten Franz-Joseph Strauß, auf der Internetseite des Handelsblatt⁴³. Da er jedoch kein Journalist ist, der die Medienagenda mitbestimmt, kann man behaupten, dass die klassischen Leitmedien in Deutschland lediglich die negativen Aspekte der Verwandtenbeschäftigung beleuchtet haben. Somit setzen sie schon von Anfang an einen objektiven Rahmen, der einzelne Personen betont.

Diese Beobachtung, dass sich der Skandal an einzelnen Personen manifestiert, unterstützt auch eine Theorie von Thompson. So beschreibt er folgende Arten von Skandal: Die einfache Art besteht in der Überschreitung von Normen, die dann öffentlich aufgedeckt und daraufhin öffentlich verurteilt werden. Die weitaus komplexere Art des Skandals befeuert sich auch aus der Aufdeckung von Normüberschreitungen. Diese werden jedoch von den betroffenen Personen abgestritten oder verteidigt, was wiederum die Nachforschungen von Außenstehenden weiter antreibt. Dies führt dazu, dass Normüberschreitungen zweiten Grades, also Überschreitungen, die

41 Vgl. CHONG, Dennis; DRUCKMAN, James N.: „Framing Theory“ In: Annual Review of Political Science Vol. 10 (06/2007). S. 103-126

42 Vgl. MEDICK, Veit; WITTROCK, Philipp: „Bayerischer Landtag: Das Freibier-Parlament“ In: spiegel.de. Stand: 02. Mai 2013. <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/bayerische-abgeordnete-verteidigen-sich-gegen-luxus-vorwuerfe-a-897368.html#ref=rss> (abgerufen am 26. Dezember 2013)

43 STRAUß, Max Josef: „Plädoyer für die Verwandtenbeschäftigung“ In: handelsblatt.de. Stand: 06. Mai 2013. <http://www.handelsblatt.com/meinung/gastbeitraege/gastbeitrag-zur-csu-affaere-plaedoyer-fuer-die-verwandten-beschaefigung/8169784.html> (abgerufen am 27. Dezember 2013)

nicht mehr direkt mit dem zu anfangs aufgedeckten Skandal zu tun haben, ans Tageslicht kommen. Die Wechselwirkung zwischen der Aufdeckung von Normüberschreitungen und das Abstreiten dieser Normüberschreitungen kann dazu führen, dass die Fallhöhe der beteiligten Personen immer größer wird und die Konsequenzen stärker sein werden, falls sich die Vorwürfe als wahr bestätigen sollten.⁴⁴ Diese letztere, komplexere Art des Skandals trifft auf die Verwandtenaffäre zu.

Diese Veröffentlichungen führten in der Summe zu einem öffentlichen Ablehnung gegen die Praktiken der bayerischen Landtagsabgeordneten, die diese natürlich nicht unkommentiert stehen lassen konnten.

3.2 Umgang mit der Veröffentlichung durch betroffene Politiker

Nachdem die Pressekonferenz von Hans Herbert von Arnim vom 15. April 2013 beendet war und die investigativen Bemühungen engagierter Journalisten die Umstände der Verwandtenaffäre enthüllten, sah sich die politische Klasse gezwungen, sich zu den Vorwürfen zu äußern. Nur 5 Monate vor der Landtagswahl war es von Bedeutung die negativen Schlagzeilen aus den Medien und damit aus der öffentlichen Wahrnehmung zu drängen. Dieser Vorgang die Medienagenda zu beeinflussen, kann als Agenda-Cutting bezeichnet werden. Agenda-Cutting beschreibt eigentlich Vorgänge, die medienintern stattfinden, um (1) ein Thema in der Medienagenda durch verminderte Berichterstattung an untergeordnete Stelle zu setzen, (2) ein Thema von der Medienagenda zu verdrängen, falls es schon dort aufgetaucht ist, (3) ein Thema erst gar nicht auf die Agenda zu setzen, sondern medial zu ignorieren.⁴⁵ Dies sind Methoden, wie die Medien mit einem Thema umgehen können, um es zu beerdigen. Jedoch können auch Leute, die außerhalb der Medien stehen, die Medienagenda beein-

⁴⁴ Vgl. THOMPSON (2000): S. 24

⁴⁵ Vgl. COLISTRA, Rita: „Shaping and Cutting the Media Agenda: Television Reporters' Perceptions of Agenda- and Frame-Building and Agenda-Cutting Influences“ In: Journalism & Communication Monographs Vol. 14, No. 2 (06/2012). S. 85-146

flussen. So können Politiker versuchen Agenda-Cutting zu betreiben.⁴⁶ Sie können dies tun, indem sie Aussagen zu dem Thema treffen, die das öffentliche Interesse befriedigen oder indem Sie versuchen Informationen, die das Thema anfeuern könnten, vor der Öffentlichkeit geheim zu halten. Wenn man also versucht, bestimmte Themen, die einem selbst, der eigenen Partei oder – im Falle der Verwandtenaffäre besonders wichtig – der Institution, der man zugehörig ist, schaden, aus der Medienberichterstattung fernzuhalten oder verschwinden zu lassen, dann betreibt man Agenda-Cutting. In der Verwandtenaffäre versuchten verschiedene Politiker das bereits in den Medien aufgetauchte Thema zu verdrängen. Dabei möchte ich auf Grund ihrer Wichtigkeit das Vorgehen der Präsidentin des Bayerischen Landtags Barbara Stamm und des Bayerischen Ministerpräsident Horst Seehofer, sowie beispielhaft das einzelner Abgeordneter beleuchten.

3.2.1 Barbara Stamm

Nachdem die Pressekonferenz zur Buchveröffentlichung von Hans Herbert von Arnim am 15. April 2013 beendet war, sah sich die Landtagspräsidentin Barbara Stamm gezwungen, Stellung zu den Vorwürfen zu beziehen, nachdem sie einige Tage keine Medienanfragen zu diesem Thema beantwortet hatte. Barbara Stamm hat als Präsidentin des Bayerischen Landtags eine besondere Rolle. Zu den Aufgaben die Vollversammlungen des Landtages zu leiten und die Einhaltung der Geschäftsordnung durchzusetzen, übt sie die Dienstaufsicht über die Angehörigen des Landtagsamtes aus.⁴⁷ Der Präsident des Landtages wird aus den Reihen der Abgeordneten von diesen selbst gewählt, somit hat Barbara Stamm auch die Aufgabe, den Bayerischen Landtag nach Außen hin zu repräsentieren. Sie bildet also die „repräsentative Spitze des Hohen Hauses“⁴⁸. Als Vertreterin der Landtagsabgeordneten und Mitglied des Bayerischen Landtages war es natürlich in ihrem Interesse den Schaden von der Institution, aber auch

⁴⁶ Ebenda.

⁴⁷ Vgl. HISTORISCHES LEXIKON BAYERN: „Landtagspräsident“ In: historisches-lexikon-bayerns.de. http://www.historisches-lexikon-bayerns.de/artikel/artikel_44758 (abgerufen am 03. Januar 2014)

⁴⁸ BAYERISCHER LANDTAG: „Präsidentin“ In: bayern.landtag.de <https://www.bayern.landtag.de/de/32.php> (abgerufen am 03. Januar 2014)

von ihrer eigenen Partei, der CSU, fernzuhalten. So versuchte sie mit Hilfe eines Argumentationspapiers darzulegen, dass Hans Herbert von Arnim nicht sauber recherchiert hätte und die Vorwürfe dadurch nicht haltbar wären.⁴⁹ Der Versuch von Barbara Stamm Hans Herbert von Arnim zu widerlegen, scheint jedoch nicht ausreichend gewesen zu sein, um das Thema zu befrieden.

So sah sich gezwungen eine Liste mit 79 Abgeordneten zu veröffentlichen, die nach dem Jahr 2000 Verwandte als Mitarbeiter beschäftigten. Stamm forderte ihre Kollegen dazu auf, eine möglichst große Transparenz betreffend der Altfallregelung zu gewährleisten, wies sie jedoch auch darauf hin, dass die Übergangsregelung rechtmäßig sei und sich die Abgeordneten auf diese berufen könnten. Des weiteren solle bereits bei der nächsten Landtagssitzung ein neues Gesetz verabschiedet werden, welches die Kriterien zur Kostenübernahme von Mitarbeitern durch öffentliche Gelder neu regeln sollte.⁵⁰

Auch dieses Vorgehen kann als Agenda-Cutting betrachtet werden. Barbara Stamm versucht die kritische Presse mit den von ihr geforderten Informationen zu den betroffenen Abgeordneten zu befriedigen. Es ist also der Versuch das Thema für die Presse zu erschöpfen, indem man vermeintlich alle Informationen gibt. Die Veröffentlichung der Namen markierte jedoch den Beginn einer Welle investigativen Journalismus. Jeder der 79 Abgeordneten wurde genau unter die Lupe genommen und so war es möglich, dass beispielsweise die Einzelaffären von Herrn Winter oder Herrn Schmid beleuchtet werden konnten.

Barbara Stamm selbst geriet immer mehr in die Kritik. Von Seiten der Presse wurde ihr vorgeworfen die Aufklärung der Vorfälle zu verzögern, während aus den Reihen der Bayerischen Politiker Vorwürfe laut wurden, dass sie sich zu wenig schützend vor die Politiker stelle. Beispielsweise veröffentlichte sie einen Bericht des ORH, der das Vorgehen der Gelder-

49 Vgl. BACHMEIER, Uli: „Politiker sind keine Selbstbediener“ In: augsburger-allgemeine.de. Stand: 18. April 2013. <http://www.augsburger-allgemeine.de/bayern/Politiker-sind-keine-Selbstbediener-id24870536.html> (abgerufen am 03. Januar 2014)

50 Vgl. KMI; AFP; DPA: „Landtag veröffentlicht Liste mit Amigo-Abgeordneten“ In: stern.de. Stand: 03. Mai 2013. <http://www.stern.de/politik/deutschland/verwandten-affaere-in-bayern-landtag-veroeffentlicht-liste-mit-amigo-abgeordneten-2006309.html> (abgerufen am 03. Januar 2014)

bewilligung durch das Landtagsamt geprüft hat. Die Namen der betroffenen Abgeordneten waren jedoch anonymisiert. Auf der einen Seite kritisierte die Presse die halbherzige Aufklärung und auf der anderen Seite sahen sich ihre Kollegen durch das Vorgehen von Frau Stamm schon zu sehr ans Licht gezogen.⁵¹ Zwar ist die Zerrissenheit von Frau Stamm einerseits Aufklärerin sein zu müssen, andererseits ihre Kollegen schützen zu wollen, durch das Amt als Landtagspräsidentin und den damit einhergehenden Aufgaben zu erklären, aber in der Rückschau wird deutlich, dass die Gratwanderung nicht förderlich ist, um Agenda-Cutting zu betreiben. Sie befeuert eher die Theorie von Thompson, dass die erste Reaktion Stamms, das Abstreiten der Vorwürfe, beziehungsweise das Herausgeben unvollständiger Informationen die Bemühungen der Presse die Umstände komplett aufzuklären, nur noch mehr befeuert und weitere Beschuldigungen und Nebenskandale hervorgebracht hat.⁵²

Barbara Stamms Versuche Agenda Cutting zu betreiben, waren im Endeffekt nicht besonders fruchtbar. Dies lag an ihrer Position zwischen den Stühlen der Öffentlichkeit und des Landtags. Ihre Überforderung mit der Situation zeigte sich besonders, als aus dem Verwandtenskandal der Skandal zur illegalen Parteienfinanzierung hervorging. Ein Reporter des WDR wollte eine Stellungnahme von Frau Stamm bezüglich der durch den ORH aufgedeckten Praktik, dass CSU Abgeordnete ihre Mitarbeiterpauschale teilweise zur Finanzierung der eigenen Partei genutzt haben, was der ORH als illegale Vorgehensweise bewertet hat.⁵³ Frau Stamm verweigerte dem Reporter ein Interview. Als dieser jedoch nicht locker lassen wollte, drohte sie ihm, sich sowohl beim Intendanten des WDR zu beschweren, als auch den Presserat einzuschalten.⁵⁴ Der Vorfall zeigt, wie sehr sich Frau Stamm in die Ecke gedrängt fühlte und wie überfordert sie

51 Vgl. MÜLLER, Frank; SZYMANSKI, Mike: „Schuld ist immer Barbara Stamm“ In: sueddeutsche.de. Stand: 28. August 2013. <http://www.sueddeutsche.de/bayern/landtagspraesidentin-in-der-kritik-und-schuld-ist-immer-barbara-stamm-1.1757174> (abgerufen am 03. Januar 2014)

52 Vgl. THOMPSON (2000): S. 25

53 Vgl. BAYERISCHER OBERSTER RECHNUNGSHOF: „Prüfung der Ausgaben des Kapitels 01 01 (Landtag) Gruppe 411“ Stand: 12. August 2013. http://www.bayern.landtag.de/images/content/ORH-Bericht_2013.pdf (abgerufen am 04. Januar 2014)

54 Siehe: <http://www.youtube.com/watch?v=p8CJttOBEaw>

mit der beharrlichen Forderung nach Aufklärung von Seiten der Presse war.⁵⁵

Obwohl Barbara Stamms Umgang mit der Verwandtenaffäre sehr kritisch von den Medien aufbereitet wurde, muss man feststellen, dass ihr Verhalten bei den Bayerischen Wahlberechtigten sehr gut ankam. So lässt sich an Hand von zwei Umfragen von infratest dimap, die die Benotung von Politikern durch ihre potentiellen Wähler zeigen soll, belegen, dass sie ihren Notendurchschnitt im Januar 2013 von 2,6⁵⁶ auf 2,4⁵⁷ steigern konnte. Sie avancierte damit zu der Politikerin in Bayern, mit der die Bayerischen Wähler am zufriedensten waren. Das bestätigt auch die Theorie von Shaw und Mc Combs, dass die Medien zwar beeinflussen, welche Themen und Personen in der öffentlichen Diskussion stattfinden, aber nicht zwangsläufig wie die Öffentlichkeit diese Themen und Personen beurteilt.⁵⁸

3.2.2 Horst Seehofer

Als Ministerpräsident Bayerns und Vorsitzender der CSU musste sich auch Horst Seehofer mit der Verwandtenaffäre auseinandersetzen. Die Verwandtenaffäre traf ihn und seine Partei mitten im Wahlkampf zur bayerischen Landtagswahl 2013. Er äußerte umgehend seinen Willen zur Abschaffung der Übergangsregelung, da die Weiterführung der Arbeitsverträge von damals nicht mehr begründbar wäre.⁵⁹ Da sich einige Abgeordnete auf die grundsätzliche Legalität der Altverträge beriefen, zeigte sich Horst Seehofer verärgert. So sah er in ihrer Uneinsichtigkeit ein größeres Problem, als in den Altverträgen selbst, da die Außenwirkung dadurch noch mehr leiden würde.⁶⁰ Zudem gab Ministerpräsident Horst Seehofer eine ei-

55 Vgl. RENTZ, Ingo: „Raus aus Bayern-Affäre: Monitor veröffentlicht umstrittenes Interview mit Barbara Stamm“ In: horizont.net. Stand: 30. August 2013.

http://www.horizont.net/aktuell/medien/pages/protected/Raus-aus-Bayern-Affaere-Monitor-veroeffentlicht-umstrittenes-Interview-mit-Barbara-Stamm_116459.html (abgerufen am 04. Januar 2014)

56 Vgl. INFRATEST DIMAP: „Politikerbenotung 1/2“ In: BayernTREND. Stand: Januar 2013. http://www.infratest-dimap.de/uploads/tx_nosimplegallery/BayernTREND_Januar2013_03.PNG (abgerufen am 03. Januar 2014)

57 Vgl. INFRATEST DIMAP: „Politikerbenotung 1/2“ In: BayernTREND. Stand: Juli 2013. http://www.infratest-dimap.de/uploads/tx_nosimplegallery/Folie25.PNG (abgerufen am 03. Januar 2014)

58 Vgl. MC COMBS, Maxwell; SHAW, Donald: „The Agenda-Setting Function of Mass Media“ In: The Public Opinion Quarterly Vol.36, No. 2 (1972). S. 176-187

59 Vgl. BR: „Machtwort von Seehofer“ In: br.de. Stand: 19. April 2013.

<http://www.br.de/nachrichten/abgeordnete-bayern-geld-100.html> (abgerufen am 05. Januar 2014)

60 Vgl. WITTROCK, Philipp: „Vetternwirtschaft in der CSU: Kein Geld mehr für die Gattin“ In: spiegel.de. Stand: 24. April 2013. <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/csu-und-seehofer-in-turbulenzen-wegen->

gene Untersuchung durch die Staatskanzlei in Auftrag, da öffentlich wurde, dass auch Mitglieder seines Kabinetts Familienangehörige als Mitarbeiter beschäftigt hatten.⁶¹ Es handelte sich um Kultusminister Ludwig Spaenle, Agrarminister Helmut Brunner, Kultusstaatssekretär Bernd Sibler, Innenstaatssekretär Gerhard Eck und Finanzstaatssekretär Franz Pschierer. Seehofer versprach eine schnelle Aufklärung der Fakten.⁶² In diesem Willen zur Aufklärung sehe ich auch eine Form des Agenda-Cuttings. Da der Wahlkampf zur Landtagswahl 2013 schon stattfand, war es für die CSU besonders wichtig das Thema zu befrieden. Die versprochene schnelle Aufklärung ist somit auch ein Versuch das verlorene Vertrauen vergrämter CSU-Wähler wiederherzustellen und endlich Ruhe für die letzten Monate des Wahlkampfes zu finden und die Wähler für CSU zurückzugewinnen. Sein Drei-Punkte-Plan beinhaltet zusätzlich die Verabschiedung des Verbots der Verwandtenbeschäftigung im Landtag und die Rückzahlung der geflossenen Gehälter durch fünf seiner Kabinettsmitglieder.⁶³ Dennoch sah Ministerpräsident Horst Seehofer in der Verwandtenaffäre eine große Problematik für die CSU. So erklärte er öffentlich, dass die Verwandtenaffäre einen langfristigen Imageschaden für die CSU nach sich ziehen könnte. Zudem korrigierte er die Ziele der Partei für die bevorstehende Landtagswahl. Statt wie bisher die Wiedererlangung der absoluten Mehrheit im Bayerischen Landtag als Ziel auszugeben, erklärte er eine Koalitionsregierung mit dem Juniorpartner FDP zum wünschenswerten Ergebnis.⁶⁴

Letztendlich scheiterten alle Versuche das Thema von der Medienagenda zu drängen. So erklärte Horst Seehofer das Thema einfach für beendet. Er rechtfertigte, dies damit, dass die Politik das Versprechen eingelöst hat,

[hoeness-und-familienjobs-a-896257.html](http://www.hoeness-und-familienjobs-a-896257.html) (abgerufen am 05. Januar 2014)

61 Vgl. KMI; AFP: „Amigos trüben Seehofers Partystimmung“ In: stern.de. Stand: 03. Mai 2013.

<http://www.stern.de/politik/deutschland/verwandten-affaere-amigos-trueben-seehofers-partystimmung-2006412.html> (abgerufen am 05. Januar 2014)

62 Vgl. HENGST, Björn: „Seehofer droht Blamage in Verwandtenaffäre“ In: spiegel.de. Stand: 21. Mai 2013.

<http://www.spiegel.de/politik/deutschland/seehofer-droht-blamage-in-verwandtenaffaere-a-901031.html> (abgerufen am 05. Januar 2014)

63 Vgl. CWE; DPA: „Schlussstrich mit 3-Punkte-Plan“ In: n24.de. Stand: 05. Mai 2013.

<http://www.n24.de/n24/Nachrichten/Politik/d/2805946/schlussstrich-mit-drei-punkte-plan.html> (abgerufen am 06. Januar 2014)

64 Vgl. AFP: „Seehofer fürchtet Wähler-Watsche“ In: handelsblatt.com. Stand: 18. Mai 2013

<http://www.handelsblatt.com/politik/deutschland/verwandtenaffaere-seehofer-fuerchtet-waehler-watsche/8225364.html> (abgerufen am 06. Januar 2014)

für Transparenz zu sorgen und neue Gesetze erlassen habe. Des weiteren seien auch personelle Konsequenzen erzwungen worden.⁶⁵ Nachdem alle Versuche die Medienagenda zu beeinflussen gescheitert waren, erscheint dies, als ein kaum subtiler Versuch das Thema medial zu begraben, indem man es einfach für erschöpft erklärt.

Tatsächlich wurde aber das Bayerische Abgeordnetengesetz abgeändert. Die Abgeordneten des Bayerischen Landtags wurden verpflichtet ihre Nebentätigkeiten und die daraus resultierenden Nebeneinkünfte zu veröffentlichen. Des weiteren wurde beschlossen, dass Kosten für Verträge, die mit einem Landtagsabgeordneten verheiratet, verschwägert oder bis zum vierten Grad verwandt sind oder waren, nicht erstattungsfähig sind. Dies gilt bis zum dritten Verwandtschaftsgrad auch für Verträge mit Personen, die mit einem anderen Mitglied des Landtages verwandt, verschwägert oder verheiratet sind. Eingeschlossen werden auch Lebenspartner im Sinne des Lebenspartnerschaftsgesetzes. Zudem wurde festgelegt, dass die Gehälter der Mitarbeiter nicht wie bisher durch die Mitarbeiterpauschale beglichen werden, ohne dass der Abgeordnete die Ausgaben genauer deklarieren muss, sondern dass sie durch das Landtagsamt abgerechnet werden. Falls Abgeordnete gegen diese neuen Auflagen verstoßen, kann durch das Präsidium ein Ordnungsgeld verhängt werden.⁶⁶ Diese Gesetzesänderung wurde nur knapp einen Monat nach der Buchveröffentlichung von Hans Herbert von Arnim beschlossen.⁶⁷ Sie basiert auf dem Einsehen der Politiker, dass sie jahrelang unmoralisch gehandelt haben und solche Verfehlungen in Zukunft verhindern wollen. Ich sehe die Gesetzesänderung jedoch auch als eine Art des Agenda-Cutting. Durch die schnelle Reaktion soll das öffentliche Bedürfnis nach Gerechtigkeit befriedigt werden, damit das Thema vier Monate vor der Landtagswahl in Bayern vom Tisch ist. So soll verhindert werden, dass in der Zeit des Wahl-

65 Vgl. SZYMANSKI, Mike: „Verwandtenaffäre ist für Seehofer beendet“ In: sueddeutsche.de. Stand: 06. Juni 2013. <http://www.sueddeutsche.de/bayern/csu-in-der-kritik-verwandtenaffaere-ist-fuer-seehofer-beendet-1.1689746> (abgerufen am 06. Januar 2014)

66 Vgl. BAYERISCHER LANDTAG: „Gesetz zur Änderung des Bayerischen Abgeordnetengesetzes vom 22. Mai 2013“ <https://www.verkuendung-bayern.de/files/gvbl/2013/10/gvbl-2013-10.pdf> (abgerufen am 23. Dezember 2013)

67 VON ARNIM (06/2013): S. 11

kampfes weitere Details ans Licht kommen, die dem Ansehen des Landtags schaden könnten.

3.2.3 Direkt betroffene Abgeordnete

Da nicht nur die Parteien und ihre Führungspersonen von den Veröffentlichungen betroffen sind, sondern in erster Linie die Politiker, die Verwandte beschäftigten, selbst, möchte ich mich mit der Frage beschäftigen, wie diese Agenda-Cutting betreiben. Dafür möchte ich das Verhalten der bereits erwähnten CSU-Abgeordneten Georg Schmid und Georg Winter, als auch das des SPD-Abgeordneten Harald Güller beleuchten.

Georg Schmid hatte seine Ehefrau wohl über Jahre als Bürochefin beschäftigt und ihr ein für diese Position untypisch hohes Gehalt bezahlt.⁶⁸ In der Konsequenz sah sich der Fraktionsvorsitzende der CSU im Bayerischen Landtag gezwungen sein Amt niederzulegen. Dabei betonte er jedoch, dass sein Vorgehen stets legal gewesen sei und sein Rücktritt die Konsequenz darauf sei, dass die öffentliche Diskussion es ihm unmöglich mache, seiner Arbeit in der Fraktion zufriedenstellend nachzugehen.⁶⁹ Zusätzlich kündigte er an, bei der kommenden Landtagswahl nicht mehr anzutreten, da der Druck auf ihn nicht weniger wurde. So wurden gegen ihn mehrere Strafanzeigen wegen Sozialbetrugs, auf Grund des Verdachtes, dass seine Frau lediglich scheinselfständig war, gestellt.⁷⁰ Indem Georg Schmid von seinen öffentlichen Ämtern zurücktrat, versuchte er die Medienagenda zu beeinflussen und Schaden von seiner Partei zu nehmen.

Der Vorsitzende des Haushaltsausschusses Georg Winter sah sich mit den Vorwürfen konfrontiert, seine beiden Söhne kurz vor Beschluss der Altfallregelung im Jahr 2000 angestellt zu haben, wohl wissend, dass ein Verbot der Beamtenbeschäftigung kommen würde, jedoch eine Altfallrege-

68 Vgl. HEN; AFP: „CSU-Fraktionschef zahlte Ehefrau bis zu 5500 Euro im Monat“ In: [spiegel.de](http://www.spiegel.de/politik/deutschland/bayern-csu-fraktionschef-zahlte-ehefrau-bis-zu-5500-euro-im-monat-a-896254.html). Stand: 24. April 2013. <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/bayern-csu-fraktionschef-zahlte-ehefrau-bis-zu-5500-euro-im-monat-a-896254.html> (abgerufen am 07. Januar 2014)

69 Vgl. JOK; DPA; AFP: „CSU-Spitzenmann stürzt über Gehaltsaffäre“ In: [spiegel.de](http://www.spiegel.de/politik/deutschland/georg-schmid-csu-spitzenmann-stuerzt-ueber-gehaltsaffaere-a-896515.html). Stand: 25. April 2013. <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/georg-schmid-csu-spitzenmann-stuerzt-ueber-gehaltsaffaere-a-896515.html> (abgerufen am 07. Januar 2014)

70 Vgl. DEUTSCHLÄNDER, Christian: „Georg Schmid gibt auch als Abgeordneter auf“ In: [merkur-online.de](http://www.merkur-online.de/aktuelles/politik/seehofer-georg-schmid-muss-fuehrung-schwaben-liste-2882667.html). Stand: 01. Mai 2013. <http://www.merkur-online.de/aktuelles/politik/seehofer-georg-schmid-muss-fuehrung-schwaben-liste-2882667.html> (abgerufen am 07. Januar 2014)

lung Teil der Gesetzesänderung sein würde. Zusätzlich stellte sich heraus, dass es sich anfangs um eine unrechtmäßige Beschäftigung Minderjähriger handelte. Georg Winter stritt ab, mit Vorsatz gehandelt zu haben, trat jedoch von seinem Amt als Vorsitzender des Haushaltsausschusses zurück. Er betonte, dass seine Söhne tatsächlich ihre Leitung erbracht hatten, zahlte jedoch ihr Gehalt aus zwölf Jahren zurück. Die öffentliche Kritik konnte er nicht nachvollziehen und versuchte mit einem Rundbrief an alle CSU-Mitglieder in seinem Wahlkreis, das Vertrauen wiederherzustellen.⁷¹ Mit seinem Rücktritt und der Rückzahlung der Gehälter versucht auch er das Thema in der öffentlichen Wahrnehmung zu entschärfen und dem öffentlichen Verlangen nach Aufklärung und Konsequenz entgegenzukommen. Mit seinem Brief an die CSU-Wähler geht er jedoch noch einen Schritt weiter. Er versucht die Leute, die ihn im Endeffekt wählen, zu beeinflussen, indem er die Medien umgeht. Er wendet sich direkt an seine Basis, um um Unterstützung zu bitten. Indem er die Medien nicht dafür nutzt, kann er sich vor der CSU-Basis äußern, ohne eine noch breitere Öffentlichkeit zu schaffen, die seine Aussagen kommentiert. Dies könnte man als Media-Avoiding bezeichnen.

Der SPD-Abgeordnete Harald Güller beschäftigte seinen Stiefsohn für 2 Monate im Jahr 2009. Das ist ein klarer Verstoß gegen das Abgeordneten-gesetz gewesen. Er trat als Parlamentarischer Geschäftsführer der SPD-Landtagsfraktion, wie auch als Vorsitzender der schwäbischen SPD zurück.⁷² Des weiteren beglich er die 7400 Euro, die sein Stiefsohn für die Tätigkeit erhalten hatte. So versuchte auch Güller konsequent Schaden von seiner Partei abzuwenden und im Wahlkampf die richtigen Signale zu senden. Ob er selbst zur Wiederwahl antreten würde, ließ er offen.⁷³

Wenn wir uns die drei genannten Abgeordneten ansehen, erkennt man die Gemeinsamkeit, dass sie alle zurückgetreten sind, weil sie ihre Reputation so beschädigt sahen, dass sie ihre Ämter nicht ausreichend hätten bedie-

71 Vgl. BACHMEIER, Uli: „Winter: Verstehe nicht mehr, was hier läuft“ In: augsburger-allgemeine.de .Stand: 29. Mai 2013. <http://www.augsburger-allgemeine.de/bayern/Winter-Verstehe-nicht-mehr-was-hier-laeuft-id25424811.html> (abgerufen am 07. Januar 2014)

72 Vgl. JÖS; DPA: „Harald Güller tritt zurück“ In: augsburger-allgemeine.de. Stand: 28. Mai 2013. <http://www.augsburger-allgemeine.de/bayern/Harald-Gueller-tritt-zurueck-id25421821.html> (abgerufen am 07. Januar 2014)

73 Ebenda.

nen können. Dies sehe ich nicht als Konsequenz des Skandals, sondern als einen Teil davon. So beschreibt auch Thompson, dass es das letzte Merkmal ist, dass ein Geschehen benötigt, um zum Skandal zu werden. Die Personen, die direkt vom Skandal betroffen sind, tragen das Risiko ihre Reputation zu verlieren, rechtlich belangt zu werden, oder ihre Posten freiwillig oder unfreiwillig zu verlieren.⁷⁴ Das bedeutet nicht, dass es zwangsläufig zum Ende der Karriere, Verurteilungen und Rücktritten kommen muss, aber Teil eines Skandals ist, dass das Risiko besteht.⁷⁵

3.3 Die Profiteure des Skandals

Immer wenn ein Skandal durch die Medien enthüllt wird, muss man sich fragen, wer davon profitiert, dass die Öffentlichkeit von Normverletzungen erfährt. Im Kapitel 2.3 habe ich darauf hingewiesen, dass politische Skandale meist vom politischen Gegner durch Andeutungen auf die Agenda gesetzt werden, was, wie schon erörtert, auf die Verwandtenaffäre nicht zutrifft. Da die Affäre jedoch stark der CSU angehaftet worden ist, haben die anderen Parteien versucht, sich selbst einen politischen Vorteil zu verschaffen, indem sie sich zu den Fehlern der CSU-geführten Regierung äußerten. Das Ziel dieser Parteien war es, im Wahlkampf die vergräzten CSU-Wähler für sich zu gewinnen. Doch selbst der Koalitionspartner FDP sparte nicht mit Kritik an der CSU. Den Umgang der einzelnen Parteien mit der Affäre möchte ich nun hier beleuchten.

3.3.1 SPD

Die SPD hatte sich für die Landtagswahl 2013 zum Ziel gesetzt, einen Regierungswechsel in Bayern zu realisieren. Dies sollte mit einer Koalition aus den Freien Wählern und Bündnis 90/Die Grünen realisiert werden.⁷⁶

⁷⁴ THOMPSON (2000): S. 22

⁷⁵ Ebenda.

⁷⁶ Vgl. DAPD: „Bayern-SPD nominiert Ude zum Spitzenkandidaten“ In: tagesspiegel.de. Stand: 22. Oktober 2012. <http://www.tagesspiegel.de/politik/muenchner-oberbuergermeister-gegen-seehofer-bayern-spd-nominiert-ude-zum-spitzenkandidaten/7281186.html> (abgerufen am 07. Januar 2014)

Die Delegierten der bayerischen SPD wählten mit 99,7% der Stimmen den Oberbürgermeister Münchens, Christian Ude, zu ihrem Spitzenkandidaten, der dieses Ziel realisieren sollte.⁷⁷ Im Wahlkampf versuchte nun die SPD und insbesondere Ude die Verwandtenaffäre für sich zu nutzen. Nachdem herauskam, dass ein Teil der Kabinettsmitglieder des Rivalen Seehofer, nämlich Kultusminister Ludwig Spaenle, Agrarminister Helmut Brunner, Kultusstaatssekretär Bernd Sibler, Innenstaatssekretär Gerhard Eck und Finanzstaatssekretär Franz Pschierer Verwandte beschäftigt hatten, forderte Ude den Rücktritt der Genannten, weil er die Selbstbedienung als skandalös empfand.⁷⁸ Als die Verwicklung von Harald Güller, Parlamentarischer Geschäftsführer der SPD, öffentlich wurde, drängte ihn Ude zum Rücktritt, um Horst Seehofer unter Druck zu setzen, seine betroffenen Kabinettsmitglieder zu entlassen.⁷⁹ Tatsächlich kann sein Rücktritt als Signal im Wahlkampf interpretiert werden. So äußerte sich der SPD-Fraktionschef Markus Rinderspacher in folgender Form: "Bei uns gibt es im Gegensatz zum Kabinett Konsequenzen."⁸⁰ So versucht sich die SPD, obwohl selbst in die Verwandtenaffäre verwickelt, als moralisch integer darzustellen, in dem sie sich als Beispiel für konsequentes Handeln inszeniert. Der Versuch der SPD aus der Verwandtenaffäre politische Vorteile zu ziehen, endete als Udes Berater Volkmar Halbleib und andere Kollegen in Verdacht gerieten, sich gegenseitig Mitarbeiter hin- und hergeschoben zu haben, um ihre Budgets auszureizen.⁸¹ Ude wollte die Affäre um die Abgeordneten keine größere Rolle mehr im Wahlkampf spielen lassen. Er gab zu, dass sich auch SPD-Abgeordnete bevorteilt hätten, wies aber darauf hin, dass die weitreichendsten Verfehlungen auf Seiten der CSU statt-

77 Vgl. SAW; AFP; DPA: „SPD wählt Christian Ude zum Spitzenkandidaten“ In: focus.de. Stand: 21. Oktober 2012. http://www.focus.de/politik/deutschland/landtagswahl-in-bayern/landtagswahl-in-bayern-spd-waehlt-christian-ude-zum-spitzenkandidaten_aid_843261.html (abgerufen am 07. Januar 2014)

78 Vgl. DPA: „Ude fordert Rücktritte in Verwandtenaffäre“ In: zeit.de. Stand: 03. Mai 2013. <http://www.zeit.de/news/2013-05/03/landtag-ude-fordert-ruecktritte-in-verwandtenaffaere-03190024> (abgerufen am 07. Januar 2014)

79 Vgl. BÖHM, Angela; THANSCHIEDT, Georg: „Harald Güller: Stiefsohn bekam Taschengeld vom Staat“ In: abendzeitung-muenchen.de. Stand: 30. Mai 2013. <http://www.abendzeitung-muenchen.de/inhalt.landtags-abzocker-harald-gueller-stiefsohn-bekam-taschengeld-vom-staat.9a4a216a-01d3-48d7-af5b-6f5b8e1e0c44.html> (abgerufen am 07. Januar 2014)

80 Vgl. JÖS; DPA: „Harald Güller tritt zurück“ In: augsburger-allgemeine.de. Stand: 28. Mai 2013 <http://www.augsburger-allgemeine.de/bayern/Harald-Gueller-tritt-zurueck-id25421821.html> (abgerufen am 07. Januar 2014)

81 Vgl. MÜLLER, Frank; SZYMANSKI, Maik: SPD-Politiker Güller muss mit Strafbefehl rechnen“ In: sueddeutsche.de. Stand: 22. August 2013. <http://www.sueddeutsche.de/bayern/verwandtenaffaere-im-landtag-spd-politiker-gueller-muss-mit-strafbefehl-rechnen-1.1752545> (abgerufen am 07. Januar 2014)

gefunden hatten.⁸² Somit versuchte auch Christian Ude die Verwandtenaffäre und die sich später daraus entwickelnde Abgeordnetenaffäre von der Medienagenda zu drängen und darauf hingewiesen, dass ihnen im Wahlkampf keine größere Bedeutung zukommen würde.

3.3.2 Bündnis 90/Die Grünen

Auch in Reihen von Bündnis 90/Die Grünen haben Abgeordnete Verwandte beschäftigt. Die zum damaligen Zeitpunkt Bundesvorsitzende der Grünen Claudia Roth kritisierte ihre betroffenen Parteikollegen für ihr unsensibles Verhalten, verwies aber genau wie Ude darauf, dass die Verfehlungen in Reihen der CSU wesentlich bedeutender seien. Sie kritisierte die CSU und forderte von Barbara Stamm eine komplette Transparentmachung der Vorgänge.⁸³

Dieter Janecek, Vorsitzender der Grünen in Bayern, unterstellte Horst Seehofer keinen Willen zur Aufklärung zu zeigen und nicht für Konsequenzen zu sorgen. Er bezieht sich darauf, dass Seehofer eine Umgestaltung seines Kabinetts auf Grund der Verwürfe ablehnte. Auch die Spitzenkandidatin der Grünen für die Landtagswahl 2013, Margarete Bause, vermutete, dass sich Horst Seehofer vor einer Umbildung des Kabinetts fürchte, weil die personellen Alternativen nicht in der CSU vorhanden seien. Außerdem wies sie darauf hin, dass so lange die CSU in Bayern regiere, ihr altes Amigo-System am Leben bleibe.⁸⁴

Die Grünen räumten also eigene Fehler ein, positionierten sich aber ganz klar, indem sie die Hauptverantwortung der CSU zuschoben und Horst Seehofer den Willen zur Aufklärung absprachen. Des Weiteren wurde durch Margarete Bause deutlich formuliert, dass eine Zukunft, ohne dass Politiker ihre Position zur Vorteilnahme nutzen, nur mit einem Votum der

⁸² Ebenda.

⁸³ Vgl. BRAUN, Joachim: „Bei einem Kollegen wussten wir Bescheid“ In: nordbayerischer-kurier.de. Stand: 05. Mai 2013. http://www.nordbayerischer-kurier.de/nachrichten/bei_einem_kollegen_wussten_wir_bescheid_148935 (abgerufen am 07. Januar 2014)

⁸⁴ Vgl. SCHÄFFER, Albert: Seehofer sieht keine Wiederholungsgefahr“ In: faz.net. Stand: 22. Mai 2013. <http://www.faz.net/aktuell/politik/inland/verwandtenaffaere-in-der-csu-seehofer-sieht-keine-wiederholungsgefahr-12191041.html> (abgerufen am 07. Januar 2014)

Wähler gegen die CSU möglich wäre und nur eine neue Regierung ohne Beteiligung der CSU für wirkliche Transparenz sorgen würde.

3.3.3 Freie Wähler

Kein Abgeordneter der Freien Wähler war in den Verwandtenskandal verwickelt. Das konnte man zumindest der von Barbara Stamm veröffentlichten Liste mit den Namen der Politiker, die von der Übergangsregelung profitierten, entnehmen. Das war jedoch der Tatsache geschuldet, dass die Freien Wähler nicht im Landtag saßen, als die Übergangsregelung beschlossen wurde. Dennoch kam heraus, dass die Landtagsabgeordnete Claudia Jung für einige Monate ihren Stiefsohn angestellt hatte, was eine Überprüfung von Seiten der Staatsanwaltschaft nach sich zog.⁸⁵ Zusätzlich wurde auch noch bekannt, dass die Schwester des Spitzenkandidaten Hubert Aiwanger im Jahr 2011 einen Mitarbeiter des Abgeordneten ehelichte.⁸⁶ Damit wurde der Mitarbeiter zum Schwager von Aiwanger, womit ein Verstoß gegen das Abgeordnetengesetz vorlag. So äußerten sich die freien Wähler nicht kritisch zur Verwandtenbeschäftigung. Im Gegenteil. Nachdem das Verbot der Verwandtenbeschäftigung im Bayerischen Landtag mit den Stimmen von CSU, SPD, Grünen und FDP beschlossen werden sollte, stellte sich Aiwanger gegen das Verbot. Er kritisierte, dass es faktisch ein Berufsverbot für eine Vielzahl von Menschen darstellen würde und äußerte verfassungsrechtliche Bedenken. Letztendlich entschieden sich die Freien Wähler doch für das Verbot zu stimmen, um ein gemeinsames Zeichen mit allen Parteien zu setzen.⁸⁷

Die freien Wähler haben die Verwandtenaffäre nicht genutzt, um sich gegenüber den anderen betroffenen Parteien zu profilieren. Die Kritik am Verbot von Verwandtenbeschäftigung ist eher ungewöhnlich, bietet jedoch

85 Vgl. AFP;HÜLS;JCO: „Auch Schlagerstar Claudia Jung unter Verdacht“ In: rp-online.de. Stand: 28. Mai 2013. <http://www.rp-online.de/politik/deutschland/auch-schlagerstar-claudia-jung-unter-verdacht-aid-1.3428747> (abgerufen am 08. Januar 2014)

86 Vgl. DPA: „Verwandtenaffäre weitet sich aus“ In: nwzonline.de. Stand: 03. Mai 2013. http://www.nwzonline.de/politik/verwandtenaffaere-weitet-sich-aus_a_5.1.1316558699.html (abgerufen am 08. Januar 2014)

87 Vgl. DPA: „Freie Wähler stoppen Aiwanger – Ja zum Verwandtenverbot“ In: augsburger-allgemeine.de. Stand: 16. Mai 2013. <http://www.augsburger-allgemeine.de/bayern/Freie-Waehler-stoppen-Aiwanger-Ja-zum-Verwandtenverbot-id25267131.html> (abgerufen am 08. Januar 2014)

ein Alleinstellungsmerkmal gegenüber den anderen Parteien. Dadurch, dass man jedoch letztendlich für das Verbot gestimmt hat, konnten sich die Freien Wähler bei diesem Thema nicht klar positionieren und keine klare Botschaft an den Wähler ausgeben.

3.3.4 FDP

Zu der Zeit als die Umstände der Verwandtenaffäre veröffentlicht wurden, befand sich die FDP in einer Regierungskoalition mit der CSU im Bayerischen Landtag.⁸⁸ Sie hatte jedoch den Rückhalt bei den Bayerischen Wählern weitgehend verloren. Im Auftrag des Bayerischen Rundfunks erstellte dimap infratest den BayernTREND für Januar 2013. Die Umfragen ergaben, dass zu diesem Zeitpunkt lediglich 3%⁸⁹ der Wähler die FDP wählen würden. Dies wäre gleichbedeutend mit einem Rauswurf aus dem Parlament, auf Grund der Fünf-Prozent-Klausel, die besagt, dass eine Partei bei den Landtagswahlen mindestens 5% erreichen muss, um überhaupt Sitze im Landtag besetzen zu können.⁹⁰

Natürlich war die FDP gezwungen dieses Ergebnis bis zur Landtagswahl im September 2013 zu verhindern und über die Fünf-Prozent-Hürde zu kommen. Als einzige Partei im Bayerischen Landtag, die weder von der Übergangsregelung profitiert hat, noch illegitim Verwandte in irgendeiner anderen Form durch Abgeordnete beschäftigt hatte, versuchte sie von der Verwicklung der anderen Parteien zu profitieren. Miriam Gruß, Generalsekretärin der FDP in Bayern und Bundestagsabgeordnete, kritisierte die Selbstbedienungsmentalität, wies aber deutlich darauf hin, dass die CSU nicht alleine profitiert hätte. Sie verurteilte die Versuche der SPD, die eigene Verantwortung unter den Tisch zu kehren und sprach von Doppelmoral und Selbstgerechtigkeit bei den Sozialdemokraten. Sowohl CSU als

88 Vgl. FISCHER, Sebastian: „Neue Regierung, alte Banker“ In: [spiegel.de](http://www.spiegel.de/politik/deutschland/csu-und-fdp-besiegeln-bayern-koalition-neue-regierung-alte-banker-a-586452.html). Stand: 24. Oktober 2008. <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/csu-und-fdp-besiegeln-bayern-koalition-neue-regierung-alte-banker-a-586452.html> (abgerufen am 08. Januar 2014)

89 Vgl. INFRA TEST DIMAP: „Sonntagsfrage Landtagswahl“ In: BayernTREND. Stand: Januar 2013. http://www.infratest-dimap.de/uploads/tx_nosimplegallery/BayernTREND_Januar2013_5.PNG (abgerufen am 08. Januar 2014)

90 Vgl. WAHLRECHT.DE: „Fünf-Prozent-Hürde“ In: [wahlrecht.de](http://www.wahlrecht.de/lexikon/fuenf-prozent-huerde.html). <http://www.wahlrecht.de/lexikon/fuenf-prozent-huerde.html> (abgerufen am 08. Januar 2014)

auch SPD trügen die Verantwortung für den Vertrauensschaden, den die Verwandtenaffäre der Politik und der Demokratie zugefügt habe.⁹¹

So gab sie dem Regierungspartner nicht die alleinige Schuld, positionierte sich jedoch für eine Wiederauflage einer gemeinsamen Regierung. FDP-Generalsekretär Patrick Döring vermutete, dass die absolute Mehrheit der CSU unwahrscheinlich sei und lobte die Regierungsarbeit der FDP.⁹² Obwohl der Juniorpartner in der Regierung auf seine Unverzichtbarkeit hinwies, konnte er seine Umfragewerte nicht merklich steigern. Die FDP stagnierte nach durch infratest dimap durchgeführte Umfrage vom Juli 2013 immer noch bei dem 3%-Wert⁹³ vom Januar 2013. So versuchte sich die FDP noch stärker zu positionieren und forderte von der CSU und Horst Seehofer endlich die versprochene Transparenz zu schaffen. Des Weiteren forderte sie in Zukunft eine größere Transparenz bei der Bezahlung von Landtagsabgeordneten. Zusätzlich schloss sich die FDP der Forderung der Opposition an, dass die Kabinettsmitglieder, die ihre Ehefrauen beschäftigt hatten, die Höhe der Zahlungen offenlegen sollten.⁹⁴

Die FDP versuchte sich als Saubermann, der sich klar für Transparenz einsetzte und sich bewusst als einzige nicht in den Skandal verstrickte Partei zu positionieren. Dabei versuchte sie die CSU und den Wähler von ihrer wichtigen Position im Bayerischen Landtag und der Regierung zu überzeugen. Als sich die Umfragen jedoch nicht positiv entwickelten, veränderte sie ihre Taktik. So forderte sie mehr Transparenz von der CSU und erhöhte so den Druck auf den Regierungspartner, um sich noch klarer von ihr abzusetzen.

91 Vgl. FDP-BAYERN: „Verwandtenaffäre beschädigt Vertrauen in die Politik“ In: fdp-bayern.de. Stand: 28. Mai 2013. <http://www.fdp-bayern.de/Verwandtenaffaere-beschaedigt-Vertrauen-in-die-Politik/17357c33235i1p32/index.html> (abgerufen am 09. Januar 2014)

92 Vgl. VITZTHUM, Thomas S.: „FDP weidet sich an den Qualen der CSU“ In: welt.de Stand: 20. Mai 2013. <http://www.welt.de/politik/deutschland/article116357519/FDP-weidet-sich-an-den-Qualen-der-CSU.html> (abgerufen am 09. Januar 2014)

93 Vgl. INFRA TEST DIMAP: „Sonntagsfrage Landtagswahl“ In: BayernTREND. Stand: Juli 2013. http://www.infratest-dimap.de/uploads/tx_nosimplegallery/Folie5_92.PNG (abgerufen am 08. Januar 2014)

94 Vgl. DPA: „Verwandtenaffäre: FDP macht Druck“ In: merkur-online.de. Stand: 02. Juli 2013. <http://www.merkur-online.de/aktuelles/politik/verwandtenaffaere-macht-druck-2985443.html> (abgerufen am 09. Januar 2013)

3.4 Zwischenfazit

Die Medien spielen eine wichtige Rolle bei der Frage, ob eine Geschichte zu einem Skandal wird, oder nicht. Ihrem Auftrag zur Meinungsbildung kommen die Printmedien nach, indem sie wichtige Themen auf ihre Agenda setzen und die Gesellschaft darüber informieren oder selbst zur Aufklärung von Sachverhalten beitragen. So haben die Medienvertreter bei der Verwandtenaffäre eine Menge von Verstrickungen ans Licht gebracht. Die Medien betreiben also das Agenda-Setting. Sie haben aber nicht nur subjektiv über die Verwandtenaffäre berichtet, sondern auch bestimmte Aspekte der Vorgänge betont, während andere weniger abgedeckt wurden. Dieses sogenannte Framing gibt der Verwandtenaffäre eine bestimmte normative Einbettung und spricht die Emotionen der Rezipienten an. In diesem Falle wurde das Bayerische Parlament grundsätzlich in ein eher schlechtes Licht gerückt und öffentliche Empörung gefördert.

Mitten im Wahlkampf zur Landtagswahl 2013 versuchten sich die Politiker, beziehungsweise Parteien, denen die größte Schuld an der Verwandtenaffäre zugesprochen wurde, gegen die Medien-Agenda zu wehren. Besonders die Landtagspräsidentin Barbara Stamm von der CSU geriet in die Kritik, auf Grund ihrer Position zwischen den Stühlen als Ansprechpartnerin für die Medien und Vertreterin der anderen Abgeordneten. Weder sie noch Ministerpräsident und CSU-Vorsitzender Horst Seehofer konnten erfolgreich Media-Cutting betreiben. Der Wille zur Aufklärung und die sofortigen gesetzlichen Konsequenzen konnten die Medien nicht befriedigen, da immer mehr Verstrickungen einzelner Politiker bekannt wurden. So entwickelte sich ein Hin und Her aus medialen Forderungen nach Informationen zum Verwandtenskandal und halbherzigen - zumindest in den Augen der Medien - Bemühungen der Politik diesen nachzukommen. Dabei wurden die Reputation einzelner Politiker beschädigt, was in Rücktritten und teilweise in staatsanwaltschaftliche Ermittlungen mündete. Ab hier kann man auch erst von einem politischen Skandal sprechen. Wenn man von der Definition Thompsons ausgeht, benötigt der Skandal die Normüberschreitung und die Verheimlichung dieser vor der Öffentlichkeit. Nun kommen

noch die Aspekte dazu, dass Außenstehende von der Normüberschreitung gewusst haben müssen, ihre Ablehnung gegenüber dieser öffentlich zum Ausdruck bringen müssen, so wie es durch Hans Herbert von Arnim geschehen ist. Diese ablehnende Antwort wird dann durch die Medien einer breiteren Öffentlichkeit zugänglich gemacht, was die Reputation der beteiligten Personen in Frage stellt. Erst jetzt kann man überhaupt von einem politischen Skandal sprechen.

Aus diesem Skandal versucht nun der politische Gegner zu profitieren. Dabei muss beachtet werden, dass eigentlich alle Parteien in irgendeiner Form von der Verwandtenbeschäftigung profitiert haben. Lediglich die FDP bildet eine Ausnahme. Während der Spitzenkandidat der SPD Christian Ude seine Partei als Saubermann inszeniert, der den eigenen Laden aufräumt und sofort Konsequenz zieht, wird die CSU als Hauptschuldige für die Affäre ausgemacht. Als jedoch weitere Verstrickungen von SPD-Mitgliedern bekannt werden, versucht auch Ude das Thema von der Medienagenda zu bringen und betont die Irrelevanz für den Wahlkampf.

Auch die Grünen versuchen sich vor der Wahl zu profilieren, obwohl sie selbst in den Skandal involviert waren. Der offenen Selbstkritik folgt die Botschaft, dass die CSU-Abgeordneten dennoch am tiefsten in den Skandal verstrickt seien und lediglich eine Abwahl der Regierung durch den Wähler eine nachhaltige Befreiung Bayerns von dem herrschenden Amigo-System bedeuten würde.

Die Freien Wähler stimmen zwar für das Verbot der Verwandtenbeschäftigung, doch ihre Botschaft bleibt diffus. Während sich ihr Spitzenkandidat Aiwanger gegen das Verbot ausspricht und generelle verfassungsrechtliche Bedenken hat, bleibt eine grundsätzliche Kritik an den bisherigen Verfehlungen durch andere Parteien aus. Desweiteren wird bekannt, dass ein Mitarbeiter Aiwangers durch Heirat zu dessen Schwager wurde. Auch darin könnte ein Motiv stecken, dass sich Aiwanger nicht grundsätzlich gegen die Verwandtenbeschäftigung stellen wollte, da er nun einem vorher legalen Mitarbeiter kündigen muss.

Die FDP als Koalitionspartner der CSU war als einzige nicht in den Verwandtenskandal verstrickt. So war es ein leichtes für sie die involvierten Parteien zu kritisieren. In erster Linie gaben sie aber der CSU keine Alleinschuld, sondern kritisierten, dass in ihren Augen heuchlerische Gebaren der SPD, der sie eine genauso hohe Verantwortung, wie der CSU unterstellten. Als die FDP ihre Umfragewerte nicht steigern konnte, änderte sie ihre Taktik und entfernte sich weiter von der CSU um sich für den Wähler als Alternative zu profilieren.

In dem Verhalten der Parteien kann man gut erkennen, welche Motive eine Rolle spielen sich in Zeiten des Wahlkampfs zu bestimmten Themen zu äußern. Dabei ist es nicht von Bedeutung, ob man selbst in einen politischen Skandal verstrickt ist, oder nicht. Man kann auch als betroffene Partei versuchen zu profitieren. Dies gelingt entweder indem andere Parteien tiefer verstrickt sind, oder indem man die Fehler eingesteht und in der Öffentlichkeit seine Willen zum Neuordnung und zu Konsequenzen unterstreicht.

4 Die Konsequenzen

In diesem Kapitel möchte ich beleuchten, welche Konsequenzen der Verwandtenskandal zur Folge hatte und immer noch hat. Dabei betrachte ich die Rücktritte einzelner Politiker nicht als Konsequenzen der Verwandtenaffäre, sondern als einen Teil davon. Somit möchte ich mich hier voll und ganz dem Ausgang der Bayerischen Landtagswahl 2013 widmen.

Im vorherigen Kapitel wurden die Effekte des Agenda-Setting und -Framings besprochen. Der Agenda-Setting Ansatz kann noch weiter gedacht werden. Dadurch, dass die Medien bestimmte Themen im Wahlkampf betonen, so wie sie die Verwandtenaffäre betont haben, beeinflussen sie nicht nur die Bedeutung der Kandidaten, sondern in gleichem Maße das Image eines Kandidaten. Die Medien beeinflussen also nicht nur, ob eine Person oder ein Thema wahrgenommen wird, sondern auch wie die Person oder das Thema vom Rezipienten bewertet wird.⁹⁵ Somit haben die Medien in letzter Konsequenz einen indirekten Einfluss darauf, wie die Wahlberechtigten an der Urne entscheiden. Ich möchte herausfinden, in wie weit dieser theoretische Ansatz im konkreten Fall der Landtagswahl 2013 in Bayern im Bezug auf die Berichterstattung zur Verwandtenaffäre belegbar ist. Dafür werde ich zunächst die Ergebnisse der Landtagswahl in Bayern vorstellen und an Hand dieser herausfinden, ob Priming Effekte zu erkennen sind.

95 Vgl. BONFADELLI, Heinz: „Neue Perspektiven: Kognitive Medieneffekte“ In: Medienwirkungsforschung I. Grundlagen. UVK Verlagsgesellschaft mbH. 3. Auflage. 2004. S. 235-282

4.1 Bayerische Landtagswahl 2013

Am 15. September 2013 war es nach einem Wahlkampf, der geprägt von der Verwandtenaffäre war, für die Bayerischen Wähler an der Zeit einen neuen Landtag zu wählen. Die Wahlbeteiligung lag bei 63,9 % und die CSU konnte zum dreizehnten Mal die absolute Mehrheit mit 47,7% erreichen.⁹⁶ Während die FDP an der Fünf-Prozent-Hürde scheiterte, erreichte die SPD 20,6%, die Freien Wähler 9,0% und die Grünen 8,6%.⁹⁷

Gründe für den deutlichen Sieg der CSU gibt es einige. Zum einen ist die CSU dauerhaft und intensiv in der Bevölkerung verwurzelt. So sieht sich 35% der Bevölkerung grundsätzlich und 24% stark bis sehr stark der CSU verbunden.⁹⁸ Zum anderen konnte die CSU ihren Wert für Reputation, der von der Forschungsgruppe Wahlen ermittelt wird, von 1,6 im Jahr 2008 auf 2,3 im Jahr 2013 steigern.⁹⁹ 66% der Bayerischen Bevölkerung bezeichnen die wirtschaftliche Situation in Bayern als gut. Von ihnen sind 69% davon überzeugt, dass dies hauptsächlich an der Politik der CSU liegt.¹⁰⁰

Dieses Wahlergebnis und die Überlegungen der Wahlberechtigten, die diesem zu Grunde liegen, bestätigen die Arbeit der CSU, der die Hauptschuld an der Verwandtenaffäre von anderen Parteien und Medien angelastet wurde. Dadurch stellt sich die Frage, ob der Verwandtenskandal überhaupt eine Auswirkung auf den Wahlausgang gehabt hat. Im Verlauf der Verwandtenaffäre wurden mehrere Stimmen laut, dass sie zu einer allgemeinen Politikverdrossenheit befördern könne und die Wahlbeteiligung sinken lassen könnte.¹⁰¹ Diese Vermutungen konnte jedoch nicht belegt

96 Vgl. FORSCHUNGSGRUPPE WAHLEN E.V.: „Wahl in Bayern – Eine Analyse der Landtagswahl vom 15. September 2013“ Institut für Wahlanalysen und Gesellschaftsbeobachtung. 2013. S. 8

97 Vgl. BUNDESZENTRALE FÜR POLITISCHE BILDUNG: „Landtagswahl Bayern 2013“ In: bpb.de. Stand: 16. September 2013. <http://www.bpb.de/politik/hintergrund-aktuell/168753/landtagswahl-bayern-2013> (abgerufen am 13. Januar 2013)

98 Vgl. FORSCHUNGSGRUPPE WAHLEN E.V. (2013): S. 10 Folgende

99 Ebenda.

100 Vgl. FORSCHUNGSGRUPPE WAHLEN E.V. (2013): S. 26

101 Vgl. DPA: „SPD-Landeschef: Verwandtenaffäre sorgt für Politikverdrossenheit“ In: bild.de. Stand: 11. Mai 2013. <http://www.bild.de/regional/muenchen/muenchen-regional/spdlandeschef-verwandtenaffaere-sorgt-fuer-30352326.bild.html> (abgerufen am 13. Januar 2014)

werden, da die Wahlbeteiligung im Vergleich zur Landtagswahl 2008 um 6,0% gestiegen ist.¹⁰²

Betrachtet man die einzelnen Parteien kann man feststellen, dass die Parteien, die am meisten in die Verwandtenaffäre verstrickt waren, im Vergleich zu 2008 zulegen konnten. So konnte sich die CSU um 4,3% steigern und auch die SPD legte 2 Prozentpunkte zu und erreichte 20,6%.¹⁰³ Bündnis 90/Die Grünen und die Freien Wähler verloren leicht. Die FDP, die in der hoffnungsvollen Position war, nicht in die Verwandtenaffäre verstrickt zu sein, verlor 4,7% und flog aus dem Landtag.¹⁰⁴

Man kann also schon einmal ableiten, dass die Verwandtenaffäre keine merkliche und nachhaltige Wirkung auf die Wahlergebnisse der einzelnen Parteien gehabt haben kann, da genau die Parteien, die in den Medien die intensivste Rolle gespielt haben, merklich gewonnen haben. Dabei muss man herausstellen, dass 49% der Bayerischen Bevölkerung die CSU als die Partei gesehen haben, die am stärksten in politische Skandale verwickelt ist.¹⁰⁵ Also gab es durchaus ein Bewusstsein für die Rolle der CSU in der Affäre.

Die Auswirkungen des Verwandtenskandals möchte ich auch auf das Wahlergebnis einzelner Abgeordneter hin überprüfen. Die Abgeordneten, die Verwandte beschäftigt haben und in dieser Arbeit erwähnt werden, sind Georg Winter und Georg Schmid von der CSU, sowie Harald Güller von der SPD. Da Georg Schmid sein Landtagsmandat abgab und sich zur Landtagswahl 2013 nicht mehr zur Wahl stellte¹⁰⁶, kann auf Seiten der CSU nur Georg Winter zu einer Analyse herangezogen werden. Diesem hat die Verwandtenaffäre deutlich zugesetzt. Er wurde zwar direkt in den Landtag gewählt, musste jedoch in seinem Stimmkreis Augsburg-Land/Dillingen große Einbußen hinnehmen. Während sich Winter im Jahr 2008

¹⁰² Vgl. FORSCHUNGSGRUPPE WAHLEN E.V. (2013): S. 8

¹⁰³ Vgl. BUNDESZENTRALE FÜR POLITISCHE BILDUNG: „Landtagswahl Bayern 2013“ In: bpb.de. Stand: 16. September 2013. <http://www.bpb.de/politik/hintergrund-aktuell/168753/landtagswahl-bayern-2013> (abgerufen am 13. Januar 2013)

¹⁰⁴ Ebenda.

¹⁰⁵ Vgl. FORSCHUNGSGRUPPE WAHLEN E.V. (2013): S. 17

¹⁰⁶ Vgl. FENEBERG, Barbara: „Was macht eigentlich Georg Schmid?“ In: augsburger-allgemeine.de. Stand: 24. Oktober 2013. <http://www.augsburger-allgemeine.de/bayern/Was-macht-eigentlich-Georg-Schmid-id27491602.html> (abgerufen am 15. Januar 2014)

noch 51,4% der Stimmen sichern konnte, erreichte er 2013 lediglich 43,2%.¹⁰⁷ Das Ergebnis ist zwar immer noch eindeutig, aber die Einbußen massiv. Im Gegensatz dazu konnte Harald Güller von der SPD sein Erststimmenergebnis im Stimmkreis Augsburg-Stadt-West verbessern. Von 22,5% im Jahr 2008 steigerte er sich auf 25%.

Daraus lässt sich ableiten, dass die Verwandtenaffäre durchaus einen Einfluss auf das Wahlergebnis einzelner Abgeordneter gehabt hat. Dies ist, aber stark davon abhängig, wie tief der Politiker in sie verstrickt war. Während Winters Familie langjährig von der Übergangsregelung für die Verwandtenbeschäftigung profitiert hat, hat Güller seinen Stiefsohn zwar unter Missachtung des Abgeordnetengesetzes, also illegal, aber lediglich für zwei Monate beschäftigt. Da der Fall Winter jedoch wesentlich komplexer ist und dadurch von den Medien weitreichender untersucht wurde, kann man vermuten, dass der Priming Effekt auf den Rezipienten wesentlich stärker war als bei Güller. Dieser Fall ist zwar juristisch eindeutig ein Vergehen, aber er ist auch wesentlich einfacher gestrickt.

Betrachtet man die Kabinettsmitglieder, die enge Verwandte beschäftigt haben und dafür von der Opposition viel gescholten wurden, fällt auf, dass die Verwandtenaffäre ihnen nicht schaden konnte. Alle konnten ihr Erststimmenergebnis im Vergleich zu 2008 sogar verbessern. So legte Agrarminister Helmut Brunner um 9,5% zu, Kultusstaatssekretär Bernd Sibler steigerte sich von 47,4% auf 56,0%. Finanzstaatssekretär Franz Josef Pschierer legte von 46,5% auf 51,3% zu und Innenstaatssekretär Gerhard Eck legte um 3% zu. Kultusminister Ludwig Spaenle steigerte sich um 3,4%.¹⁰⁸ Dieses Ergebnis könnte damit erklärt werden, dass rund 63% der Bayern noch im Juli 2013 mit ihrer Regierung sehr zufrieden bis zufrieden waren.¹⁰⁹

¹⁰⁷ Vgl. SIGMUND, Jörg: „Merk, Winter, Güller: Die Folgen der Verwandtenaffäre“ In: augsburger-allgemeine.de. Stand: 16. September 2013. <http://www.augsburger-allgemeine.de/bayern/Merk-Winter-Gueller-Die-Folgen-der-Verwandtenaffaere-id27018132.html> (abgerufen am 15. Januar 2014)

¹⁰⁸ Vgl. DPA: „Verwandtenaffäre: Wem sie genutzt und geschadet hat“ In: merkur-online.de. Stand: 16.09.2013. <http://www.merkur-online.de/aktuelles/politik/landtagswahl-2013/landtagswahl-2013-bayern-verwandtenaffaere-genutzt-geschadet-3113758.html> (abgerufen am 15. Januar 2014)

¹⁰⁹ Vgl. INFRATEST DIMAP: „Regierungszufriedenheit“ In: BayernTREND. Stand: Juli 2013. http://www.infratest-dimap.de/uploads/tx_nosimplegallery/Folie9_38.PNG (abgerufen am 15. Januar 2014)

4.2 Zwischenfazit

Eine grundsätzliche Beeinflussung der Wahlberechtigten durch die Berichterstattung der Medien konnte nicht belegt werden. Die Auswirkungen auf die Ergebnisse der einzelnen Parteien waren nicht vorhanden. So konnten die Parteien, die am tiefsten in Verwandtenaffäre verstrickt waren, die größten Zuwächse verzeichnen, während die Parteien, die eigentlich von den Verstrickungen hätten profitieren können, die größten Verluste einfahren mussten

Betrachte man einzelne Abgeordnete lässt sich feststellen, dass einzelne Abgeordnete durchaus von ihren Wählern abgestraft wurden. Andere konnten jedoch ihre Ergebnisse verbessern. Ein grundsätzliches Verhalten der Wähler kann jedoch nicht erkannt werden. Es hängt wohl davon ab, wie weit der Kandidat in die Affäre verstrickt ist, wie langfristig die Medienberichterstattung ist und wie der Politiker auf diese reagiert.

Auch den Kabinettsmitgliedern, die Verwandte beschäftigt haben, konnte der Verwandtenskandal in der Wählergunst nicht schaden.

Letztendlich haben bei der Bayerischen Landtagswahl Priming-Effekte durch die Berichterstattung der Medien im Zuge des Verwandtenskandals keine große Rolle gespielt.

5 Fazit

Die Verwandtenaffäre hat im Vorfeld der Landtagswahl 2013 in Bayern für großen Wirbel gesorgt. Sie war ein Thema, das über lange Zeit eine große Rolle in den Medien gespielt hat. Die Ursprünge der Verwandtenaffäre liegen am Anfang des Jahrtausends, als die Bayerischen Landtagsabgeordneten den Beschluss fassten, die Verwandtenbeschäftigung durch Abgeordnete zu verbieten. Sie richteten sich jedoch eine Ausnahmeregelung ein, die es ihnen möglich machte bereits bestehende Arbeitsverhältnisse mit Verwandten weiter zu führen, worauf einige Abgeordnete kurz vor Inkrafttreten des Gesetzes Arbeitsverhältnisse mit Verwandten eingingen, um von dieser Regelung zu profitieren. Zusätzlich konnte ich belegen, dass der Landtag in der Öffentlichkeit kommunizierte, dass die Verwandtenbeschäftigung grundsätzlich verboten wurde, was nicht der Wahrheit entsprach, da nur Verwandte ersten Grades von einer Beschäftigung ausgeschlossen wurden. Darin kann man ein Verhalten erkennen, das moralische Grenzen überschreitet, da die Politiker ihren Verwandten ermöglichen unter Vorspiegelung falscher Tatsachen weiter für sie zu arbeiten. So können sich die Politiker und ihre Familien an staatlichen Mitteln bereichern. Damit sind alle Gegebenheiten vorhanden, um von einem potentiellen Skandal zu sprechen.

Auf Grund der absoluten Mehrheit der CSU im Parlament bei Gesetzesbeschluss, liegt die Vermutung nahe, dass die CSU hauptverantwortlich ist. Dies kann man durchaus bestätigen. Es darf jedoch nicht unerwähnt bleiben, dass die CSU sich darauf verstand, die anderen Parteien in ihr Vorhaben zu integrieren. Somit stehen die anderen Parteien nicht außen vor und tragen eine Mitverantwortung. Letztendlich haben nämlich auch alle Parteien, die zu diesem Zeitpunkt im Parlament waren, von der Übergangsregelung profitiert.

Durch die Veröffentlichung von Hans Herbert von Arnim wurde das Thema publik und die Medien setzten es auf ihre Agenda. Die Verwandtenaffäre

verästelte sich zunehmend, da die Presse die darin verwickelten Abgeordneten einzeln untersuchte und immer mehr Details öffentlich wurden. Auch Framing hat durch die Medien stattgefunden, indem sie der Affäre einen bestimmten Deutungsrahmen gaben. Es konnte nachgewiesen werden, dass besonders Ministerpräsident Horst Seehofer und Landtagspräsidentin Barbara Stamm Agenda-Cutting betrieben, was jedoch weitgehend erfolglos blieb, da das mediale Interesse mit der Anzahl der Anschuldigungen zu einzelnen Abgeordneten wuchs.

Die Oppositionsparteien machten zwar keinen Hehl aus ihrer Beteiligung an der Verwandtenaffäre, bezeichneten die CSU jedoch als den Hauptschuldigen. So versuchten sowohl SPD und die Grünen im Wahlkampf davon zu profitieren. Genau wie der Juniorpartner der Regierungskoalition FDP. Sie grenzte sich zunehmend von der CSU ab. Die Forderung nach Rücktritten von Kabinettsmitgliedern, die Verwandte beschäftigt hatten, wurden laut.

Die Veröffentlichung der Ereignisse und die Tatsache, dass die Posten und die Reputation einiger Abgeordneter auf dem Spiel stand, macht es nun möglich von einem politischen Skandal zu sprechen. Dennoch hatte der Verwandtenskandal keine großen Auswirkungen auf die Landtagswahl 2013. Die vermutete gestiegene Politikverdrossenheit konnte genauso wenig belegt werden, wie Stimmverluste der am stärksten involvierten Parteien CSU und SPD. Im Gegenteil, die Wahlbeteiligung stieg im Vergleich zu 2008, ebenso wie die Stimmausbeute von CSU und SPD. Die Parteien, die weniger involviert waren, mussten ausnahmslos Verluste verzeichnen. Die FDP fiel sogar unter die Fünf-Prozent-Hürde. Betrachtet man einzelne Abgeordnete, so kann man durchaus einen Einfluss durch die Verwandtenaffäre auf das Wahlergebnis erkennen, aber es wird nicht zur Regel. Die Vermutung liegt nahe, dass es davon abhängt, wie tief ein Abgeordneter verstrickt ist, ob es Auswirkungen im Wahlvolk nach sich zieht. Das heißt, dass die Priming-Effekte durch die Medien bei der Verwandtenaffäre so gut wie gar nicht nachzuweisen sind, während die Agenda-Setting-Theorie in der Verwandtenaffäre durchaus nachweisbar ist. Dies kann man mit der grundsätzlichen Stärke der CSU und ihrer tiefen Verwurzelung in

Bayern begründen. Des weiteren sind die Wähler mit der wirtschaftlichen Situation in Bayern sehr zufrieden und sehen die CSU als Grund für diese gute Position.

Kapitelübergreifend war es mir möglich die Bestandteile eines politischen Skandals an Hand von Thompson zu definieren und die Verwandtenaffäre als solchen zu deklarieren.

Literaturverzeichnis

- AFP: „Seehofer fürchtet Wähler-Watsche“ In: handelsblatt.com. Stand: 18. Mai 2013
<http://www.handelsblatt.com/politik/deutschland/verwandtenaffaere-seehofer-fuerchtet-waehler-watsche/8225364.html> (abgerufen am 06. Januar 2014)
- AFP;HÜLS;JCO: „Auch Schlagerstar Claudia Jung unter Verdacht“ In: rp-online.de. Stand: 28. Mai 2013. <http://www.rp-online.de/politik/deutschland/auch-schlagerstar-claudia-jung-unter-verdacht-aid-1.3428747> (abgerufen am 08. Januar 2014)
- BACHMEIER, Uli: „Politiker sind keine Selbstbediener“ In: augsburger-allgemeine.de. Stand: 18. April 2013. <http://www.augsburger-allgemeine.de/bayern/Politiker-sind-keine-Selbstbediener-id24870536.html> (abgerufen am 03. Januar 2014)
- BACHMEIER, Uli: „Winter: Verstehe nicht mehr, was hier läuft“ In: augsburger-allgemeine.de. Stand: 29. Mai 2013. <http://www.augsburger-allgemeine.de/bayern/Winter-Verstehe-nicht-mehr-was-hier-laeuft-id25424811.html> (abgerufen am 07. Januar 2014)
- BAYERISCHER LANDTAG: „Bayerisches Abgeordnetengesetz vom 6. März 1996“
- BAYERISCHER LANDTAG: „Gesetz zur Änderung des Bayerischen Abgeordnetengesetzes vom 1. Dezember 2000“
- BAYERISCHER LANDTAG: „Gesetz zur Änderung des Bayerischen Abgeordnetengesetzes vom 22. Mai 2013“
- BAYERISCHER LANDTAG: „Präsidentin“ In: bayern.landtag.de
<https://www.bayern.landtag.de/de/32.php> (abgerufen am 03. Januar 2014)
- BAYERISCHER LANDTAG: „Pressemitteilung des Bayerischen Landtags vom 19. April 2013“ http://www.bayern.landtag.de/de/16_10285.php (abgerufen am 15. Dezember 2013)
- BAYERISCHER LANDTAG: „Pressemitteilung des Bayerischen Landtags vom 03. Mai 2013“ https://www.bayern.landtag.de/de/16_10308.php (abgerufen am 14. Dezember 2013)
- BAYERISCHER OBERSTER RECHNUNGSHOF: „Prüfung der Ausgaben des Kapitels 01 01 (Landtag) Gruppe 411“ Stand: 12. August 2013.
http://www.bayern.landtag.de/images/content/ORH-Bericht_2013.pdf (abgerufen am 04. Januar 2014)
- BÖHM, Angela: „CSU-Verwandtenaffäre: Hilfe aus Chile“ In: abendzeitung-muenchen.de. Stand: 06. Juni 2013. <http://www.abendzeitung-muenchen.de/inhalt.georg-winter-und-seine-soehne-csu-verwandtenaffaere-hilfe-aus-chile.941dbc91-1d58-4223-8cff-7ccdeb0de062.html> (abgerufen am 16. Dezember 2013)

BÖHM, Angela; THANSCHIEDT, Georg: „Harald Güller: Stiefsohn bekam Taschengeld vom Staat“ In: abendzeitung-muenchen.de. Stand: 30. Mai 2013.

<http://www.abendzeitung-muenchen.de/inhalt.landtags-abzocker-harald-gueller-stiefsohn-bekam-taschengeld-vom-staat.9a4a216a-01d3-48d7-af5b-6f5b8e1e0c44.html> (abgerufen am 07. Januar 2014)

BONFADELLI, Heinz: „Neue Perspektiven: Kognitive Medieneffekte“ In: Medienwirkungsforschung I. Grundlagen. UVK Verlagsgesellschaft mbH. 3. Auflage. 2004. S. 235-282

BÖSCH, Frank: „Politische Skandale in Deutschland und Großbritannien“ In: Aus Politik und Zeitgeschichte - Inszenierte Politik (07/2006). S. 25-32

BR: „Hausdurchsuchung bei Georg Schmid“ In: br.de. Stand: 20. Mai 2013.

<http://www.br.de/nachrichten/schmid-beschaefigungsaffaere-hausdurchsuchung-100.html> (abgerufen am 16. Dezember 2013)

BR: „Machtwort von Seehofer“ In: br.de. Stand: 19. April 2013.

<http://www.br.de/nachrichten/abgeordnete-bayern-geld-100.html> (abgerufen am 05. Januar 2014)

BRANAHL, Udo: „Wozu benötigen wir Medien“ In: Informationen zur Politischen Bildung 309 - Massenmedien (04/2010)

BRAUN, Joachim: „Bei einem Kollegen wussten wir Bescheid“ In: nordbayerischer-kurier.de. Stand: 05. Mai 2013. http://www.nordbayerischer-kurier.de/nachrichten/bei_einem_kollegen_wussten_wir_bescheid_148935 (abgerufen am 07. Januar 2014)

BRÖKER, Michael: „CSU-Kantersieg muss Angela Merkel sorgen“ In: RP Online. Stand: 15. September 2013. <http://www.rp-online.de/politik/csu-kantersieg-muss-angela-merkel-sorgen-aid-1.3678475> (abgerufen am 10. Dezember 2013)

BUNDESZENTRALE FÜR POLITISCHE BILDUNG: „Landtagswahl Bayern 2013“ In: bpb.de. Stand: 16. September 2013. <http://www.bpb.de/politik/hintergrund-aktuell/168753/landtagswahl-bayern-2013> (abgerufen am 13. Januar 2013)

CHONG, Dennis; DRUCKMAN, James N.: „Framing Theory“ In: Annual Review of Political Science Vol. 10 (06/2007). S. 103-126

COLISTRA, Rita: „Shaping and Cutting the Media Agenda: Television Reporters' Perceptions of Agenda- and Frame-Building and Agenda-Cutting Influences“ In: Journalism & Communication Monographs Vol. 14, No. 2 (06/2012). S. 85-146

CWE; DPA: „Schlussstrich mit 3-Punkte-Plan“ In: n24.de. Stand: 05. Mai 2013.

<http://www.n24.de/n24/Nachrichten/Politik/d/2805946/schlussstrich-mit-drei-punkte-plan.html> (abgerufen am 06. Januar 2014)

- DAPD: „Bayern-SPD nominiert Ude zum Spitzenkandidaten“ In: tagesspiegel.de. Stand: 22. Oktober 2012. <http://www.tagesspiegel.de/politik/muenchner-oberbuergermeister-gegen-seehofer-bayern-spd-nominiert-ude-zum-spitzenkandidaten/7281186.html> (abgerufen am 07. Januar 2014)
- DEUTSCHLÄNDER, Christian: „Georg Schmid gibt auch als Abgeordneter auf“ In: merkur-online.de. Stand: 01. Mai 2013. <http://www.merkur-online.de/aktuelles/politik/seehofer-georg-schmid-muss-fuehrung-schwaben-liste-2882667.html> (abgerufen am 07. Januar 2014)
- DPA: „Bayern: Wirbel um höhere Mitarbeiter-Bezüge“ In: spiegel.de. Stand: 03. Dezember 1999. <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/bayern-wirbel-um-hoehere-mitarbeiter-bezuege-a-55080.html> (abgerufen am 13. Dezember 2013)
- DPA: „Freie Wähler stoppen Aiwanger – Ja zum Verwandtenverbot“ In: augsburger-allgemeine.de. Stand: 16. Mai 2013. <http://www.augsburger-allgemeine.de/bayern/Freie-Waehler-stoppen-Aiwanger-Ja-zum-Verwandtenverbot-id25267131.html> (abgerufen am 08. Januar 2014)
- DPA: „Landtag schlug Warnungen in den Wind“ In: mittelbayerische.de. Stand: 19. Mai 2013. <http://www.mittelbayerische.de/nachrichten/oberpfalz-bayern/artikel/landtag-schlug-warnungen-in-den-wind/917354/landtag-schlug-warnungen-in-den-wind.html#917354> (abgerufen am 15. Dezember 2013)
- DPA: „SPD-Landeschef: Verwandtenaffäre sorgt für Politikverdrossenheit“ In: bild.de. Stand: 11. Mai 2013. <http://www.bild.de/regional/muenchen/muenchen-regional/spdlandeschef-verwandtenaffaere-sorgt-fuer-30352326.bild.html> (abgerufen am 13. Januar 2014)
- DPA: „Ude fordert Rücktritte in Verwandtenaffäre“ In: zeit.de. Stand: 03. Mai 2013. <http://www.zeit.de/news/2013-05/03/landtag-ude-fordert-ruecktritte-in-verwandtenaffaere-03190024> (abgerufen am 07. Januar 2014)
- DPA: „Verwandtenaffäre: FDP macht Druck“ In: merkur-online.de. Stand: 02. Juli 2013. <http://www.merkur-online.de/aktuelles/politik/verwandtenaffaere-macht-druck-2985443.html> (abgerufen am 09. Januar 2013)
- DPA: „Verwandtenaffäre weitet sich aus“ In: nwzonline.de. Stand: 03. Mai 2013. http://www.nwzonline.de/politik/verwandtenaffaere-weitet-sich-aus_a_5,1,1316558699.html (abgerufen am 08. Januar 2014)
- DPA: „Verwandtenaffäre: Wem sie genutzt und geschadet hat“ In: merkur-online.de. Stand: 16.09.2013. <http://www.merkur-online.de/aktuelles/politik/landtagswahl-2013/landtagswahl-2013-bayern-verwandtenaffaere-genutzt-geschadet-3113758.html> (abgerufen am 15. Januar 2014)

DRS; AFP; DPA: „Last-Minute-Verträge: Winter zahlte für Söhne über 90.000 Euro zurück“ In: augsburger-allgemeine.de. Stand: 28. Mai 2013. <http://www.augsburger-allgemeine.de/politik/Last-Minute-Vertraege-Winter-zahlte-fuer-Soehne-ueber-90-000-Euro-zurueck-id25419776.html> (abgerufen am 14. Dezember 2013)

DWDS: Etymologisches Wörterbuch (nach Pfeifer). <http://www.dwds.de/?view=10&qu=skandal> (abgerufen am 17. Dezember 2013)

FDP-BAYERN: „Verwandtenaffäre beschädigt Vertrauen in die Politik“ In: fdp-bayern.de. Stand: 28. Mai 2013. <http://www.fdp-bayern.de/Verwandtenaffaere-beschaedigt-Vertrauen-in-die-Politik/17357c33235i1p32/index.html> (abgerufen am 09. Januar 2014)

FENEBERG, Barbara: „Was macht eigentlich Georg Schmid?“ In: augsburger-allgemeine.de. Stand: 24. Oktober 2013. <http://www.augsburger-allgemeine.de/bayern/Was-macht-eigentlich-Georg-Schmid-id27491602.html> (abgerufen am 15. Januar 2014)

FISCHER, Sebastian: „Neue Regierung, alte Banker“ In: spiegel.de. Stand: 24. Oktober 2008. <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/csu-und-fdp-besiegeln-bayern-koalition-neue-regierung-alte-banker-a-586452.html> (abgerufen am 08. Januar 2014)

FORSCHUNGSGRUPPE WAHLEN E.V.: „Wahl in Bayern – Eine Analyse der Landtagswahl vom 15. September 2013“ Institut für Wahlanalysen und Gesellschaftsbeobachtung. 2013.

GIERKE, Sebastian: „Politiker sollen unter den Gesetzen leiden, die sie beschließen“ In: sueddeutsche.de. Stand: 25. Juni 2013. <http://www.sueddeutsche.de/bayern/parteienkritiker-von-arnim-politiker-sollen-unter-den-gesetzen-leiden-die-sie-beschliessen-1.1705366> (abgerufen am 13. Dezember 2013)

GRUNDGESETZ FÜR DIE BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND. Stand: 11. Juli 2012. http://www.bundestag.de/bundestag/aufgaben/rechtsgrundlagen/grundgesetz/gg_01.html (abgerufen am 26. Dezember 2013)

HEN; AFP: „CSU-Fraktionschef zahlte Ehefrau bis zu 5500 Euro im Monat“ In: spiegel.de. Stand: 24. April 2013. <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/bayern-csu-fraktionschef-zahlte-ehefrau-bis-zu-5500-euro-im-monat-a-896254.html> (abgerufen am 07. Januar 2014)

HENGST, Björn: „Seehofer droht Blamage in Verwandtenaffäre“ In: spiegel.de. Stand: 21. Mai 2013. <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/seehofer-droht-blamage-in-verwandtenaffaere-a-901031.html> (abgerufen am 05. Januar 2014)

HISTORISCHES LEXIKON BAYERN: <http://www.historisches-lexikon-bayerns.de>

- HOFMANN, Till: „Chronologie der Verwandtenaffäre (4 von 19) In: augsburger-allgemeine.de. Stand: 30. Mai 2013. <http://www.augsburger-allgemeine.de/bayern/Schwaebische-Spezialitaeten-Alle-Zurueckgetretenen-aus-der-Region-id25444896.html> (abgerufen am 14. Dezember 2013)
- INFRATEST DIMAP: BayernTREND Januar 2013
- INFRATEST DIMAP: BayernTREND Juli 2013
- JOK; DPA; AFP: „CSU-Spitzenmann stürzt über Gehaltsaffäre“ In: spiegel.de. Stand: 25. April 2013. <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/georg-schmid-csu-spitzenmann-stuerzt-ueber-gehaltsaffaere-a-896515.html> (abgerufen am 07. Januar 2014)
- JÖS; DPA: „Harald Güller tritt zurück“ In: augsburger-allgemeine.de. Stand: 28. Mai 2013. <http://www.augsburger-allgemeine.de/bayern/Harald-Gueller-tritt-zurueck-id25421821.html> (abgerufen am 07. Januar 2014)
- KMI; AFP: „Amigos trüben Seehofers Partystimmung“ In: stern.de. Stand: 03. Mai 2013. <http://www.stern.de/politik/deutschland/verwandten-affaere-amigos-trueben-seehofers-partystimmung-2006412.html> (abgerufen am 05. Januar 2014)
- KMI; AFP; DPA: „Landtag veröffentlicht Liste mit Amigo-Abgeordneten“ In: stern.de. Stand: 03. Mai 2013. <http://www.stern.de/politik/deutschland/verwandten-affaere-in-bayern-landtag-veroeffentlicht-liste-mit-amigo-abgeordneten-2006309.html> (abgerufen am 03. Januar 2014)
- MC COMBS, Maxwell; SHAW, Donald: „The Agenda-Setting Function of Mass Media“ In: The Public Opinion Quarterly Vol.36, No. 2 (1972). S. 176-187
- MEDICK, Veit; WITTROCK, Philipp: „Bayerischer Landtag: Das Freibier-Parlament“ In: spiegel.de. Stand: 02. Mai 2013. <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/bayerische-abgeordnete-verteidigen-sich-gegen-luxus-vorwuerfe-a-897368.html#ref=rss> (abgerufen am 26. Dezember 2013)
- MÜLLER, Frank; SZYMANSKI, Mike: „Schuld ist immer Barbara Stamm“ In: sueddeutsche.de. Stand: 28. August 2013. <http://www.sueddeutsche.de/bayern/landtagspraesidentin-in-der-kritik-und-schuld-ist-immer-barbara-stamm-1.1757174> (abgerufen am 03. Januar 2014)
- MÜLLER, Frank; SZYMANSKI, Maik: SPD-Politiker Güller muss mit Strafbefehl rechnen“ In: sueddeutsche.de. Stand: 22. August 2013. <http://www.sueddeutsche.de/bayern/verwandtenaffaere-im-landtag-spd-politiker-gueller-muss-mit-strafbefehl-rechnen-1.1752545> (abgerufen am 07. Januar 2014)
- PANORAMA vom 16. März 2000 <http://daserste.ndr.de/panorama/archiv/2000/erste7448.html> (abgerufen am 22. Dezember 2013)

- RENTZ, Ingo: „Raus aus Bayern-Affäre: Monitor veröffentlicht umstrittenes Interview mit Barbara Stamm“ In: horizont.net. Stand: 30. August 2013.
http://www.horizont.net/aktuell/medien/pages/protected/Raus-aus-Bayern-Affaere-Monitor-veroeffentlicht-umstrittenes-Interview-mit-Barbara-Stamm_116459.html (abgerufen am 04. Januar 2014)
- SAW; AFP; DPA: „SPD wählt Christian Ude zum Spitzenkandidaten“ In: focus.de. Stand: 21. Oktober 2012. http://www.focus.de/politik/deutschland/landtagswahl-in-bayern/landtagswahl-in-bayern-spd-waehlt-christian-ude-zum-spitzenkandidaten_aid_843261.html (abgerufen am 07. Januar 2014)
- SCHÄFFER, Albert: „Seehofer sieht keine Wiederholungsgefahr“ In: faz.net. Stand: 22. Mai 2013. <http://www.faz.net/aktuell/politik/inland/verwandtenaffaere-in-der-csu-seehofer-sieht-keine-wiederholungsgefahr-12191041.html> (abgerufen am 07. Januar 2014)
- SIGMUND, Jörg: „Merk, Winter, Güller: Die Folgen der Verwandtenaffäre“ In: augsburger-allgemeine.de. Stand: 16. September 2013. <http://www.augsburger-allgemeine.de/bayern/Merk-Winter-Gueller-Die-Folgen-der-Verwandtenaffaere-id27018132.html> (abgerufen am 15. Januar 2014)
- SPIEGEL.DE: „Gehaltsaffäre in Bayern: Die Liste der Amigo-Abgeordneten im Überblick“ In: spiegel.de. Stand: 03. Mai 2013.
<http://www.spiegel.de/politik/deutschland/bayerischer-landtag-die-liste-der-amigo-abgeordneten-im-ueberblick-a-897986.html> (abgerufen am 23. Dezember 2013)
- STRAUß, Max Josef: „Plädoyer für die Verwandtenbeschäftigung“ In: handelsblatt.de. Stand: 06. Mai 2013. <http://www.handelsblatt.com/meinung/gastbeitraege/gastbeitrag-zur-csu-affaere-plaedoyer-fuer-die-verwandten-beschaeftigung/8169784.html> (abgerufen am 27. Dezember 2013)
- SUEDDEUTSCHE.DE; DPA; SEGI: „Landtag hebt Güllers Immunität auf“ In: sueddeutsche.de. Stand: 04. Dezember 2013.
<http://www.sueddeutsche.de/bayern/verwandtenaffaere-landtag-hebt-guellers-immunitaet-auf-1.1812966> (abgerufen am 16. Dezember 2013)
- SZYMANSKI, Mike: „Verwandtenaffäre ist für Seehofer beendet“ In: sueddeutsche.de. Stand: 06. Juni 2013. <http://www.sueddeutsche.de/bayern/csu-in-der-kritik-verwandtenaffaere-ist-fuer-seehofer-beendet-1.1689746> (abgerufen am 06. Januar 2014)
- THOMPSON, John B: „Political Scandal – Power and Visibility in the Media Age“ Polity Press. 2000.

- VITZTHUM, Thomas S.: „FDP weidet sich an den Qualen der CSU“ In: welt.de Stand: 20. Mai 2013. <http://www.welt.de/politik/deutschland/article116357519/FDP-weidet-sich-an-den-Qualen-der-CSU.html> (abgerufen am 09. Januar 2014)
- VON ARNIM, Hans Herbert: „Die Selbstbediener – Wie bayerische Politiker sich den Staat zur Beute machen“ Wilhelm Heyne Verlag. Erweiterte Neuauflage 06/2013.
- WAHLRECHT.DE: „Ergebnisse der Landtagswahlen in Bayern“ In: wahlrecht.de. <http://www.wahlrecht.de/ergebnisse/bayern.htm> (abgerufen am 23. Dezember 2013)
- WAHLRECHT.DE: „Fünf-Prozent-Hürde“ In: wahlrecht.de. <http://www.wahlrecht.de/lexikon/fuenf-prozent-huerde.html> (abgerufen am 08. Januar 2014)
- WITTROCK, Philipp: „Vetternwirtschaft in der CSU: Kein Geld mehr für die Gattin“ In: spiegel.de. Stand: 24. April 2013. <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/csu-und-seehofer-in-turbulenzen-wegen-hoeness-und-familienjobs-a-896257.html> (abgerufen am 05. Januar 2014)

Eigenständigkeitserklärung

Hiermit erkläre ich, dass ich die vorliegende Arbeit selbstständig und nur unter Verwendung der angegebenen Literatur und Hilfsmittel angefertigt habe. Stellen, die wörtlich oder sinngemäß aus Quellen entnommen wurden, sind als solche kenntlich gemacht. Diese Arbeit wurde in gleicher oder ähnlicher Form noch keiner anderen Prüfungsbehörde vorgelegt.

Ort, den TT. Monat JJJJ

Vorname Nachname